

A. Für ein Saarland mit Zusammenhalt und Stärke

1. Eigenständigkeit gesichert. Politikwechsel erreicht.

Die SPD Saar war vor fünf Jahren angetreten, die **Eigenständigkeit des Saarlandes dauerhaft zu sichern**. Nach dem **Zusammenbrechen der Jamaika-Koalition**, einer Regierung, die den Namen Regierung eigentlich nie verdient hatte und an die heute keiner der Beteiligten mehr erinnert werden will, waren wir bereit, **Verantwortung für unser Land** zu übernehmen. Wir waren angetreten, **damit das Saarland wieder anständig regiert wird**. Zwölf Jahre CDU-Alleinregierung und zwei Jahre Jamaika-Chaos hatten das Image des Saarlandes schwer beschädigt. Deshalb brauchte das Land eine **neue Regierung**, einen **anderen Politikstil** und einen **Politikwechsel**.

Wir waren angetreten mit den Leitgedanken:

Sparen, aber gerecht.

Starke Wirtschaft.

Gute Arbeit.

Gerechte Bildungschancen.

Ein Saarland mit Zukunft. Solidarisch und stark.

Heute stellen wir fest: Es hat sich für das Saarland gelohnt!

Durch faires und gerechtes Sparen und harte Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern ist die **Haushaltsnotlage des Saarlandes ab dem Jahr 2020 überwunden**. Wir haben die strukturelle Unterdeckung des Haushaltes reduziert und die **Neuverschuldung** um sechzig Prozent **abgebaut**. Wir haben eine **Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen durchgesetzt**. Und vor allem haben wir wieder **in Zukunft investiert**.

Unsere **Saar-Wirtschaft** ist **stark wie nie**. Es wird wieder echte Industriepolitik gemacht. Das modernste Mittelstandsförderungsgesetz in Deutschland sichert Wachstum. Wir haben **Rekordbeschäftigung und Gute Arbeit** – durch das Tariftrueugesetz, den Mindestlohn und unseren Einsatz für Langzeitarbeitslose. Bei der **Bildung** sind wir **auf der Überholspur**: Mit einer Steigerung der Krippenplätze um achtzig Prozent, einer Verdreifachung der Ganztagschüler_innen und 55 Prozent mehr Menschen in der Lehrkräftereserve. Mit nahtlosen Übergängen zwischen Kindergarten, Schule und Ausbildung. Mit 2 Millionen Euro für Weiterbildung.

Wir **Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten** sind der **Motor in der Landesregierung**. Wir haben mit neuen Ideen unser Land vorangebracht. Aber wir können und wollen noch mehr erreichen.

2. Für ein Saarland mit Zusammenhalt und Stärke

Leistung muss sich lohnen. Wer arbeitet, muss am Monatsende mehr in der Tasche haben, als derjenige, der nicht arbeitet. Mit Guter Arbeit schaffen wir die besten Voraussetzungen für eine starke Wirtschaft und für ein Leben frei von Armut. Nur ein **sicherer Arbeitsplatz** ist ein guter Arbeitsplatz – unbefristet, **mit guter Bezahlung** und **sozialversicherungspflichtig**.

Für uns gilt: **Die Wirtschaft ist für den Menschen da – und nicht umgekehrt.** Eine **gute Rente** muss zuallererst **vor Altersarmut schützen** und den **Lebensstandard sichern.**

Um all das zu erreichen, stärken wir die Wirtschaft mit einer **aktiven Industrie- und Dienstleistungspolitik.** Wir setzen innovative Schwerpunkte und bauen das „**Auto der Zukunft**“. Wir nutzen die **Chancen der Digitalisierung** – aber **zum Wohle der Beschäftigten,** nicht auf deren Rücken. Mit einem Projekt „**Humanisierung der Arbeitswelt**“ und einer **Offensive für Weiterbildung** stärken wir die Rechte und Interessen der arbeitenden Menschen unseres Landes.

Gleiche Bildungschancen für alle. Der Geldbeutel der Eltern darf nicht über die Chancen eines Kindes entscheiden. Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Die **Gebühren für Krippen und Kitas** sind eine erhebliche finanzielle Belastung. Deshalb werden wir sie **für alle senken und nach und nach abschaffen.** Wir werden einen **gesetzlichen Anspruch auf einen Ganztagschulplatz** sicherstellen, damit Eltern frei wählen können zwischen Halbtagschulen mit Nachmittagsbetreuung und echter Ganztagschule. Dafür nehmen wir gutes Geld in die Hand und unterstützen unsere Kommunen mit einem „**Investitionsprogramm Ganztag.**“

Die Studiengebühren sind im Saarland bereits abgeschafft. Als nächstes werden wir auch die finanziellen Belastungen der Meister_innen der Zukunft durch einen **Meisterbonus** deutlich reduzieren, um das Handwerk und die duale Berufsausbildung attraktiver zu machen.

Zusammen halt stärker. Unser Land lebt vom Zusammenhalt. Das lassen wir uns nicht von den Gegnern der Demokratie kaputt machen. Die vielen Aktiven in unseren Vereinen und Verbänden zeigen: Ein starkes Gemeinschaftsgefühl gehört zu unserer Tradition.

Zusammenhalt ist eine saarländische Tugend.

Ein **starker Staat** verteidigt die Gemeinschaft und sorgt für Sicherheit. Wir brauchen **mehr Polizei auf der Straße.** Das geht nur mit gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten. Deshalb werden wir den **Personalabbau bei der Polizei stoppen.** Wir wollen alles dafür tun, dass Menschen keine Angst mehr auf Bahnhöfen oder vor Wohnungseinbrüchen haben müssen. **Wir dürfen unser Land nicht den Spaltern und Hetzern überlassen.** Wer nur mit den Ängsten und Sorgen der Menschen spielt, **gehört nicht in unser Parlament.**

Mit uns wird die **Landeshauptstadt Saarbrücken** mit Universität und Hochschulen als wirtschaftlicher und kultureller Motor unseres Landes wichtiger werden. Damit sie ihre **wichtige Funktion für Zuzug, und Qualifizierung junger, kreativer Menschen in Zukunftsbranchen** erhalten kann, braucht sie endlich entsprechende Unterstützung durch das Land. Zugleich werden wir die **Nahversorgung im ländlichen Raum verbessern.**

3. Finanzsituation und demografische Entwicklung

Für die SPD Saar ist **das Wohl des Landes** und aller Bürgerinnen und Bürger **Maßstab der eigenen Politik.** Parteipolitische Interessen müssen zurückstehen. So verfährt die SPD Saar. Dies erwarten wir auch von den politischen Mitbewerbern. Verantwortungsvolle Politik für unser Land setzt voraus, dass wir nicht nur die unmittelbaren Folgen politischer Entscheidungen, sondern auch die mittel- und langfristigen Konsequenzen berücksichtigen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die gesellschaftlichen, ökologischen und finanziellen Folgewirkungen heutiger Entscheidungen. Vorgängerregierungen von CDU, Grünen und FDP haben diesen Weitblick gelegentlich vermissen lassen. In der großen Koalition mussten deswegen etliche frühere Entscheidung korrigiert werden. Kurzsichtige Entscheidungen werden wir auch weiterhin nicht mittragen.

Im Saarland ist der **demografische Wandel** besonders stark ausgeprägt. Im Vergleich der westlichen Bundesländer ist der Bevölkerungsrückgang besonders hoch und die Geburtenrate mit die niedrigste in Europa. Durch höhere Geburtenraten und Zuwanderung hat sich die Bevölkerungsentwicklung zwar kurzfristig positiv verändert. Die Grundtendenzen des demografischen Wandels werden dadurch jedoch mittelfristig nicht außer Kraft gesetzt. Immer weniger junge Menschen stehen einer größer werdenden Anzahl älterer Menschen gegenüber. Gleichzeitig ergeben sich aus dem demografischen Wandel eine Vielzahl von Gestaltungsaufgaben, wie z.B. die Neuorganisation des Zusammenlebens von drei und mehr Generationen, die Herausforderung, für immer weniger junge Menschen in den ländlichen Regionen jugendgerechte Angebote vorzuhalten sowie möglichst allen jungen Menschen gute Ausbildungschancen zur Verfügung zu stellen.

Im Bereich der Finanz- und Haushaltspolitik bedeutet das Gebot der Nachhaltigkeit, dass **kostenwirksame Projekte auf Dauer finanziert** werden müssen. Die SPD Saar hat immer wieder bewiesen, dass für sie eine solide Haushalts- und Finanzpolitik ein wichtiges und notwendiges Merkmal jeder verantwortlichen Landespolitik ist. Generationengerechtigkeit bedeutet, dass wir heute nicht die natürlichen Grundlagen unserer Kinder und Enkel aufbrauchen. Generationengerechtigkeit bedeutet auch, dass wir heute nicht noch mehr Schulden aufbauen müssen, deren Schuldendienst von nachfolgenden Generationen finanziert werden muss. Andererseits dürfen wir nicht unsere Infrastruktur verfallen lassen. Und wir müssen in eine gute Betreuung, Bildung und Ausbildung unserer Kinder investieren.

Die SPD Saar tritt für **Steuergerechtigkeit** ein. Dafür sind vor allem ein wirksamer Steuervollzug und das Schließen von legalen Steuervermeidungsstrategien notwendig. Für die SPD Saar bedeutet Steuergerechtigkeit auch, dass Menschen mit großen Einkommen und Vermögen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen beitragen. Die Steuerpolitik kann und soll auch einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leisten. Eine über Generationen hinweg ansteigende Vermögensungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft und erzeugt Verteilungskonflikte. Die SPD Saar tritt für eine Reform der Erbschaftsteuer ein, mit der die ständig wachsende Vermögensungleichheit eingedämmt wird. Dabei soll die steuerliche Belastung bei der Vererbung von durchschnittlichen Vermögenswerten nicht ansteigen.

B. Leistung muss sich lohnen

Mit einer gerechten Politik wollen wir dafür sorgen, dass sich die Leistung der Beschäftigten, aber auch der Einsatz von Unternehmen, Verbänden oder ehrenamtlich Aktiven lohnt. Wer Einsatz bringt, muss dafür ein faires Ergebnis erwarten können. Für die Beschäftigten bedeutet das: Wer jeden Tag zur Arbeit geht, muss das am Ende des Monats auch auf seinem Konto spüren. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss am Ende auch mehr dafür bekommen. Arbeit darf nie in Armut münden, erst recht nicht in Rentenarmut. Auch Unternehmen müssen die Gewissheit haben, dass sich ihr Einsatz am Standort lohnt. Dafür sorgen wir, indem wir für einen fairen Wettbewerb den Rahmen setzen. Mit Guter Arbeit, guter Ausbildung und guter Infrastruktur. Dafür sorgen wir, indem wir uns mit einer klugen Energiepolitik für sichere und bezahlbare Energie für Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie für Unternehmen einsetzen. Dafür sorgen wir, indem wir Ökonomie und Ökologie mit sozialer Gerechtigkeit zum Wohl von Menschen, Wirtschaft und Umwelt verbinden.

Wir wollen, dass alle Saarländerinnen und Saarländer für ihren Einsatz die gerechte Anerkennung erfahren. Denn nur wer einen gerechten Lohn für seine Leistung erhält, kann der Gesellschaft, die ihm das ermöglicht hat, auch wieder etwas zurückgeben. Diese Solidarität wird zur Basis für **Zusammenhalt und Stärke** in unserer Gesellschaft.

1. Gute Arbeit für Alle.

Für die SPD Saar bedeutet Arbeiten mehr, als nur eine Beschäftigung zu haben. Dazu gehören faire Löhne, reguläre Beschäftigungsverhältnisse, echte Gleichstellung von Frauen und Männern und gesunde Arbeitsverhältnisse. Wir sind davon überzeugt: Nur wer eine Gute Arbeit hat, erhält einen gerechten Anteil an Wohlstand und Fortschritt. Nur wer Gute Arbeit hat, bekommt seine Leistung auch gerecht entlohnt. Das muss für alle Erwerbsfähigen gelten. Daher streben wir Vollbeschäftigung an. Wir wollen mit Guter Arbeit einen fairen Wettbewerb, der nicht auf dem Rücken von Beschäftigten ausgetragen wird, sondern dazu führt, dass sich ein Arbeitsleben auch lohnt: Es muss zu einer fairen Rente führen, mit der der Lebensstandard gesichert werden kann. Gute Arbeit ist der beste Schutz gegen Armut, auch im Alter.

Gute Arbeit in der Regierung. Seit die SPD Saar im Saarland regiert, wurde das Konzept Gute Arbeit zur Basis für die Arbeit der Landesregierung. Der Erfolg: Nie zuvor hatten so viele Menschen im Land eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wie heute. Wer arbeitet, hat auch wieder mehr in der Tasche: Dafür haben wir mit unserem **Tariftreugesetz** und der Einführung des **Saarländischen Mindestlohns** bei öffentlichen Vergaben gesorgt. Er liegt heute bei 8,84 Euro die Stunde. Eine bundesweit vorbildliche Prüfbehörde sorgt dafür, dass er auch bei den Menschen ankommt. Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir die **Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland** erreicht. Mit unserer „Equal Pay“-Regelung im Tariftreugesetz und einer neuen Wirtschaftsförderung begrenzen wir den Missbrauch der Leiharbeit. 15.000 Langzeitarbeitslosen haben wir mit 15 Mio. Euro im Programm „**Arbeit für das Saarland**“ eine neue berufliche Perspektive aufgezeigt. Mit dem neuen **Gleichstellungsgesetz** ist das Land Vorbild bei der Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf. Stark sind wir heute auch in der **Fachkräftesicherung** – mit Guter Arbeit! Mit der Netzwerkstelle „Frauen im Beruf“ sorgen wir dafür, dass mehr Frauen in Beschäftigung kommen.

2. Mehr Gute Arbeit für das Saarland lohnt sich.

Unser Einsatz für Faire Löhne. Unser Ziel sind **leistungsgerechte Löhne**. Sie sind der beste Schutz gegen Armut, auch im Alter. Trotz Mindestlohn arbeiten immer noch zwanzig Prozent der Beschäftigten für einen Lohn unter zehn Euro. Deshalb muss der Mindestlohn weiter erhöht werden. Um auch Auszubildende vor Ausbeutung zu schützen und die duale Ausbildung attraktiver zu gestalten, werden wir uns im Bundesrat für eine **Mindestausbildungsvergütung** einsetzen.

Unser **Tariftreuegesetz** werden wir **schärfen**: Die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrags soll ebenso zur Bedingung bei öffentlichen Auftragsvergaben werden wie die Gleichstellung von Frauen und Männern, Weiterbildungsförderung, Mindestausbildungsquote und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Bei einem Betreiberwechsel im ÖPNV wollen wir die Übernahme von Personal analog dem Betriebsübergang vorschreiben. Damit all dies umfassend gelingt, muss das Gesetz bereits ab einer Auftragsvergabe in Höhe von 10.000 Euro gelten.

Faire Renten. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter von seiner Rente leben können: Arbeit darf niemals in Armut münden. Arbeit muss sich lohnen! Gerade bei der Rente zeigt sich: Alte Fehler müssen wir mutig beheben. Wir müssen das Absinken des Rentenniveaus stoppen. Die Rente muss den Lebensstandard sichern und vor Altersarmut schützen. Mit einer **Gerechtigkeitsrente** nach Mindesteinkommen wollen wir die Lebensleistung der Menschen neu und gerecht bewerten. Dies ergänzen wir durch eine Mindestrente für langjährig Versicherte mit mindestens dreißig Beitrags- bzw. vierzig Versicherungsjahren. Wir wollen Erwerbsminderungsrentner_innen besser stellen. Die Renten von Frauen müssen wir zusätzlich stärken, indem wir gesellschaftlich wertvolle Tätigkeiten besser anerkennen. Bei dauerhaft niedrigen Zinsen funktioniert die privat finanzierte Rente nicht. Das Rentenniveau muss auch ohne private Vorsorge vor Armut schützen. Deshalb wollen wir die Riester-Rente wieder in die gesetzliche Rentenversicherung reintegrieren, um die **echte paritätische Finanzierung** wiederherzustellen. Wir setzen uns dafür ein, die Stärke der gesetzlichen Rentenversicherung zu nutzen, indem wir eine Möglichkeit zum Aufbau einer individuellen zusätzlichen Altersvorsorge direkt im System der gesetzlichen Rentenversicherung schaffen, solange nicht alle die Chance auf den Abschluss einer Betriebsrente haben. Betriebsrenten als zusätzliche Säule im Rentensystem müssen wir für die Zukunft stärken, sodass alle Beschäftigten eine echte Möglichkeit zum Abschluss einer betrieblichen Altersvorsorge erhalten. **Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab.**

Um auch in Zukunft eine gerechte Rente für alle zu sichern, streben wir den schrittweisen Systemwechsel hin zur **solidarischen Erwerbstätigenversicherung** an, die alle Erwerbstätigen einbezieht. Damit rüsten wir die gesetzliche Rentenversicherung auch für den Wandel in der Arbeitswelt, der mit der Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeit und neuen Beschäftigungsformen einhergeht.

Der Mensch bleibt im Mittelpunkt. Das ist auch unsere Antwort auf den digitalen Wandel. Wir geben **den Chancen der Digitalisierung eine Chance**. Wir wollen sie **für mehr und gute Beschäftigung sowie Wirtschaftswachstum** nutzen. Aber wir werden weiter die **Risiken und die Ängste von Beschäftigten ernst nehmen** mit einem klaren Bekenntnis zu mehr Mitbestimmung, mehr Weiterbildung, mehr Gute Arbeit. Mit einer „**Netzwerkstelle Digitalisierung**“ wollen wir die politischen Aktivitäten der Landesregierung bündeln und gemeinsam mit Arbeitnehmervertretungen, Unternehmen, technologischer und Arbeitswissenschaft für eine **humane Arbeitswelt** sorgen. Hiermit wollen wir den Rahmen für die Bildung einer umfassenden digitalen Strategie setzen. Schon immer war die SPD Anwältin der Arbeiterinnen und Arbeiter. In dieser großen Tradition verbinden wir auch heute den Einsatz für **Gute Arbeit** mit **Fortschritt** und **Wachstum für eine starke Wirtschaft**. Beschäftigte dürfen

nie Objekte werden. Mit der SPD bleibt der Mensch im Mittelpunkt der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Um die Zukunft der Arbeit im Land gemeinsam zu gestalten, haben wir bereits den „**Bund Neue Arbeitswelt Saar**“ ins Leben gerufen. Hier werden wir gemeinsam mit den Sozialpartnern und der Wissenschaft den Wandel begleiten und den Arbeitnehmerdatenschutz sichern.

Der digitale Wandel in der Arbeitswelt ist mitbestimmungspflichtig. Mitbestimmung ist gelebte Demokratie im Betrieb und im Unternehmen. Mitbestimmte Unternehmen bieten bessere Arbeitsbedingungen, sind wirtschaftlich erfolgreicher, innovativer und damit wettbewerbsfähiger. Eine starke Mitbestimmung stellt auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung sicher, dass der Mensch stets im Mittelpunkt bleibt. Die Beschäftigten sind die Expert_innen an ihrem Arbeitsplatz und können ihr Wissen einbringen, um ihr Unternehmen im digitalen Wandel wettbewerbsfähig zu erhalten und ihren Arbeitsplatz zu sichern. Heute arbeitet jedoch weniger als die Hälfte aller abhängig Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsrat. Deshalb müssen wir die **Gründung von Betriebsräten erleichtern**. In Betrieben mit bis zu hundert Beschäftigten soll nach dem vereinfachten Wahlverfahren gewählt, die Unterschiede zwischen Stamm- und Randbelegschaften in Bezug auf die Mitbestimmung abgeschafft werden.

Betriebsräte müssen bei Einrichtung und Beendigung von Leih- und Werkverträgen stärker beteiligt werden. Dazu gehört das Recht, den Einsatz von **Fremdpersonal zu Lasten der Stammebelegschaft abzulehnen**. Neue Beschäftigungsformen wie Crowdworking sind in die Mitbestimmung einzubeziehen und studentischen Hilfskräften ist eine Arbeitnehmervertretung zu ermöglichen.

Menschen im Mittelpunkt: Mit einer saarländischen Weiterbildungsoffensive. Wir wollen die Beschäftigten fit für die Herausforderungen der Zukunft machen und als Fachkräfte für das Saarland sichern. Wenn sich Arbeitsplätze wandeln, müssen die Beschäftigten die Chance erhalten, **durch Weiterbildung Schritt zu halten** – und zwar rechtzeitig: Dazu müssen wir auch kleine und mittlere Unternehmen sensibilisieren. **Weiterbildung** muss voran gehen und **für alle** möglich sein. Sie ist Schlüssel zu neuer Beschäftigung. Das enorme **Potenzial der Hochschulen** wollen wir dabei nutzen und Angebote schaffen, die von Beschäftigten benötigt und nachgefragt werden - auch um die **Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung** zu erhöhen.

Chancengleichheit bei der Meisterbildung. Wer es ernst meint mit der Gleichstellung von Studium und Handwerksberuf, muss für mehr Durchlässigkeit sorgen und die **Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung** voranbringen: Die Meisterausbildung darf nicht an Gebühren scheitern. Das soll ein **Meisterbonus** sicherstellen.

Mehr Zeit für Weiterbildung. Wir werden das saarländische Weiterbildungsrecht fit machen für die Herausforderungen der digitalisierten Arbeitswelt: Zukünftig sollen für alle Beschäftigten **fünf Weiterbildungstage im Jahr anrechnungsfrei** möglich sein, für **berufliche und politische Weiterbildung**: Denn demokratische Teilhabe lebt auch davon, mit gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten zu können.

3. Menschen im Mittelpunkt: Mehr gute Arbeit ermöglichen.

Kampf gegen prekäre Beschäftigung und Armut. Digitalisierung flexibilisiert den Arbeitsmarkt. Um Leistung gerecht zu entlohnen, müssen wir eine einseitige Flexibilisierung verhindern. Dazu wollen wir eine gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung mit **Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde**. Die **sachgrundlose Befristung** von Arbeitsverträgen wollen wir **abschaffen**.

Gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen in Zeiten der Digitalisierung. Die gesetzliche Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen war richtig. Für einen echten Schutz muss aber **„Equal Pay“ in der Leiharbeit ab dem ersten Tag** gelten und nach französischem Modell ein **Aufschlag gegenüber den Lohnkosten der Stammebelegschaft** gezahlt werden. Wer betriebliche Flexibilität wünscht, muss diese gerecht entlohnen. Verdeckte Leiharbeit muss für unwirksam erklärt werden und direkt in ein festes Arbeitsverhältnis münden.

Gute Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz In allen Branchen droht die örtliche und zeitliche Entgrenzung der Arbeit. Wer die ganze Woche arbeitet, braucht am Wochenende Zeit für Familie, Vereine und Erholung. Deshalb bleiben wir dabei: **Acht-Stunden-Tag** und **freier Sonntag** sind für uns **unantastbar**. Es muss auch mal Feierabend sein. Moderne Arbeitszeitpolitik setzt auf **Entschleunigung** in der Arbeitswelt, wirkt stetig zunehmender Arbeitsverdichtung entgegen und beinhaltet das **Recht auf Nicht-Erreichbarkeit**. Wir wollen **staatlich abgesicherte Lebensarbeitszeitkonten** ermöglichen. Wir wollen alters- und altersgerechte Arbeitsmodelle mit dem Angebot einer Ausstiegsberatung für Ältere, Beschäftigte mit hoher Arbeitsbelastung oder gesundheitlich Belastete ebenso fördern wie ein **funktionierendes betriebliches Eingliederungsmanagement**. Das neue Präventionsgesetz muss auch in kleinen und mittleren Unternehmen zum Einsatz kommen.

Das von uns neu gegründete **„Bündnis für Arbeits- und Gesundheitsschutz“** werden wir als dauerhafte Einrichtung institutionalisieren, um insbesondere das **Betriebliche Gesundheitsmanagement** in der saarländischen Unternehmenskultur fest zu verankern.

Frauen und Männer im Berufsleben gleichstellen. Immer mehr Frauen wollen arbeiten. Wir haben aber im Saarland immer noch eine **unterdurchschnittliche Frauenerwerbsquote**, einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Teilzeit und Minijobs und im Ergebnis eine **überdurchschnittliche Lohnlücke**. Frauen verdienen 26 Prozent weniger als ihre Männer. Wir wollen endlich gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durch ein wirksames bundesweites **Entgeltgleichheitsgesetz** - nicht nur für große Unternehmen. Gemeinsam mit den Tarifpartnern werden wir die sozialen Berufe aufwerten, in denen vor allem Frauen arbeiten, in Gesundheit, Pflege, Betreuung und Erziehung; und das beginnend mit der Ausbildung. Zur Sicherstellung der Entgeltgleichheit im öffentlichen Bereich und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung werden wir den **Entgelt-Check verpflichtend** einführen. Wir wollen den Weg zurück in eine **Vollzeitstelle nach einer Familienpause** oder einer Phase in Teilzeit gesetzlich **garantieren**.

Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik: Gute Arbeit muss man haben. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor gespalten. Deshalb wollen wir öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose ausweiten und länger als zwei Jahre fördern dürfen. Um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit effektiver zu bekämpfen, wollen wir den **Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) im Saarland erproben**. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

Deshalb werden wir unser Programm **„Arbeit für das Saarland (ASaar)“ weiterentwickeln**, die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung über mehrere Jahre hinweg degressiv fördern und Beschäftigte und ihre Familien durch Job-Coaching sowie eine individuelle Betreuung unterstützen, um den neuen Arbeitsplatz dauerhaft zu sichern.

Neue Chancen für grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik. Das Saarland hat besondere Chancen durch grenzüberschreitende Beschäftigung. Immer mehr Einpendler kommen aus Frankreich, um am Erfolg der saarländischen Wirtschaft mitzuarbeiten. Deshalb werden wir bestehende administrative Hemmnisse weiter abbauen und eine Beratungsstelle für Wanderarbeiter einrichten.

4. Gute Aus- und Weiterbildung sichern Zukunft im Beruf

Gute Ausbildung für Alle. Der Start in eine sichere berufliche Zukunft beginnt mit einer Guten Ausbildung. Der Bildungsweg junger Menschen endet nicht beim Erreichen eines ersten berufsqualifizierenden Schulabschlusses. Mit einer dualen Ausbildung öffnen sich jungen Menschen beste Karrierechancen – in Handel und Handwerk, in Industrie, Dienstleistung und Gastgewerbe. **Allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll der Zugang zu einer Ausbildung garantiert werden.** Alle sollen dabei genau die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Das gilt gleichermaßen für die Unternehmen. Denn **wer ausbildet, stellt sich auch seiner gesellschaftlichen Verantwortung.**

Das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung lebt auch davon, dass sich **Schule, Betrieb und Kammern auf Augenhöhe** und unter **Wahrung der Mitbestimmung** für die Qualität in der Ausbildung stark machen. Dazu gehört auch, die Interessen der Auszubildenden, die Schüler_innen und Beschäftigte zugleich sind, besser zu berücksichtigen und diese stärker zu beteiligen. Wir werden deshalb den **Jugend- und Auszubildendenvertretungen den Zugang zu den Runden Tischen** zwischen Betrieben und Schulen ermöglichen.

Ausbildende Unternehmen im Wettbewerb stärken. Eine Ausbildungsplatzgarantie lebt von einem auswahlfähigen Angebot. In den Branchen, in denen Ausbildungsplätze Mangelware sind, sollen bewährte Konzepte zum Zug kommen, damit ausbildende Betriebe keinen Wettbewerbsnachteil erfahren: Die Einführung der **Umlagefinanzierung** in der Altenpflegeausbildung hat zu einer Verdopplung der Ausbildungszahlen geführt. Wir werden prüfen, wie wir dieses erfolgreiche Instrument branchenspezifisch ausweiten können.

Übergang von der Schule in die Ausbildung absichern. Viele Jugendliche kommen erst mit Umwegen über Übergangsmaßnahmen einen Ausbildungsplatz oder bleiben ganz ohne Ausbildung. Ausbildungswillige Jugendliche an der Schwelle zwischen Schule und Berufsausbildung sollen künftig systematisch und ohne Zeitverlust den Weg in eine Berufsausbildung finden. Daher soll das Projekt „**Lückenlose Betreuung**“ nach einer erfolgreichen Testphase landesweit ausgerollt werden.

5. Starke Wirtschaft für ein starkes Saarland

Land der Schaffer und Macher. Die Stärke eines Landes liegt in den Menschen. Das zeigt sich auch in der Wirtschaft. Die Saarländerinnen und Saarländer sind echte Schaffer. Sie vertrauen darauf, dass sich ihr Einsatz lohnt. Das Ergebnis ist eine starke Saarländische Wirtschaft mit mutigen und engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern. Eine starke Wirtschaft ist die Basis für Wohlstand, dient Guter Arbeit und damit dem Zusammenhalt in unserem Land. Die SPD Saar unterstützt diese daher mit einer aktiven Industrie-, Wirtschafts- und Dienstleistungspolitik. Uns leitet dabei der Grundsatz, dass erfolgreiches Wirtschaften, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung keine Gegensätze sind. Wir gestalten daraus die Basis für wirtschaftlichen Fortschritt.

Gute Arbeit in der Regierung. Mit positivem Wachstum und höchsten Beschäftigungszahlen trotz der Saarländischen Wirtschaft einem schwierigen Umfeld. Seit die SPD im Saarland regiert, wird wieder **echte Industriepolitik** gemacht. Wir haben gezeigt, wie wir mit Industrie Zukunft gewinnen und für Wachstum und Arbeitsplätze sorgen - weit über den industriellen Kern hinaus. Mit unserem neuen **Kompetenzzentrum „Power4Production“** bringen wir Produktionstechnologien direkt aus der Wissenschaft in die Wirtschaft. Als **kraftvoller Anwalt** setzen wir uns **für die Stahlbranche** im Saarland ein. Mit **mutigen Maßnahmen zur Standortsicherung** haben wir den großen Autobauer ebenso unterstützt wie die Mittelständlerin. Dabei haben wir neue Standards im Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz gesetzt und **alle Register gegen Heuschrecken** oder die Folgen von Insolvenzen gezogen. Wir haben den **Mittelstand als starkes Fundament unserer Wirtschaft** gestärkt: Das vierzig Jahre alte Mittelstandsförderungsgesetz haben wir zum **fortschrittlichsten und mittelstandsfreundlichsten**

Mittelstandsförderungsgesetz in Deutschland weiterentwickelt. Das „**Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar**“ sichert schon heute die Arbeitskräfte von morgen.

Mit dem **Masterplan Industrieflächen** sichern wir neuen Raum für Wirtschaftswachstum und gleich die Infrastruktur dazu: Von Straßen über Brücken bis hin zur Rettung unseres Flughafens hat sich unser Einsatz gelohnt. Auf diesen Wegen kommen auch immer mehr Menschen als Gäste zu uns. Wir haben die **Tourismuskonzeption „Saarland 2025“** auf den Weg gebracht: die Übernachtungszahlen im Land sind seit 2012 um 695.000 auf rund drei Millionen gestiegen.

Das Saarland ist ein Industrieland. Das Saarland war und ist Industrieland und soll es auch bleiben. Mit unserer Industrie gestalten wir den neuen **Strukturwandel in die digitale Zukunft**. Wir wollen unser Land dafür bekannt machen, dass Industriebetriebe in unserem Land willkommen sind. Zugleich gehen wir verantwortungsvoll mit den Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung im Arbeitsleben um. Mit der Umsetzung der industriepolitischen **Leitlinien „Saarland Industrieland“** legen wir neben **Stahl und Maschinenbau** einen Schwerpunkt auf **Automobil und Digitalisierung**. Eine bedeutende Rolle kommt dabei dem industriellen Mittelstand zu: Wir wollen die Komponenten für **das „Auto der Zukunft“ im Saarland bauen** und in unserem Land die Technik und die Teile für die **Mobilität von morgen produzieren**.

Starke Branchen im Fokus. Die **Gesundheitswirtschaft** ist mit über 80.000 Beschäftigten eine der großen Zukunftsbranchen im Saarland. Diese Entwicklung wollen wir durch Förderung bestehender Netzwerke unterstützen, Kräfte bündeln und so Kompetenzen optimal nutzen. Wir werden einen **Gesundheitswirtschaftsbericht** auflegen, der neue Potenziale für die saarländische Gesundheitswirtschaft aufzeigen soll.

Die saarländische **Kreativwirtschaft** entwickelt sich weiter zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor: Sie setzt mittlerweile jährlich gut eine Milliarde Euro um. Dies wollen wir durch eine stärkere Vernetzung von Unternehmen mit der Kreativwirtschaft fördern und Projekte wie **Co-Working-Spaces** und ein **Kreativ-Gründerzentrum** unterstützen.

Die **Tourismuswirtschaft** hat im Saarland einen enormen Sprung nach vorne gemacht. Auch zukünftig wollen wir sie als Wachstumsmotor nutzen, die strategischen Handlungsfelder der **Tourismuskonzeption „Saarland 2025“** konsequent umsetzen und neue Investoren koordiniert mit aktivem Ansiedlungsmanagement ansprechen.

Kongress- und Messestandort. Messen und Kongresse sind für saarländische Unternehmen wichtige Foren zur Präsentation ihrer Leistungsfähigkeit. Deshalb wollen wir in den Umbau der jetzigen Einrichtungen zu einem **modernen, zukunftsfähigen Kongresszentrum** investieren. Davon werden nicht nur die kleinen und mittleren Unternehmen profitieren, die hier ein Forum zur Präsentation ihrer Produkte und Dienstleistungen erhalten. Auch Hotellerie und Handel erfahren durch den Aufschwung des Kongress- und Messtourismus weitere Stärkung.

Innovationen, Wissenschaft & Wirtschaft. Das Saarland ist als starker Produktionsstandort bekannt. An unseren Hochschulen findet zugleich **weltweit anerkannte Spitzenforschung** statt. Wir wollen eine neue Plattform schaffen, die Wirtschaft und Wissenschaft so zusammen bringt, dass alle die Stärken und Ideen der Anderen kennen. So werden potentielle Kooperationsmöglichkeiten transparent. Saarländische Innovationen wollen wir im Saarland auch produzieren und vertreiben.

Die Aktivitäten unseres **Kompetenzzentrums „Power4Production“** wollen wir ausbauen, um Forschungs- und Produktionskompetenz mit dem Ziel des Technologietransfers auf dem Gebiet

innovativer Produktionstechnologie effektiv zusammenzuführen. Wir wollen, dass in Zukunft an „Made in Saarland“ denkt, wer von digitaler Produktion spricht.

Damit der Innovationstransfer zwischen Wissenschaft und Politik besser gelingt, werden wir **Wissenschaft, Forschung und Technologie** wieder aus der Staatskanzlei herauslösen und **Fachressorts zuordnen**.

Moderne Mittelstandspolitik. Wir werden den Mittelstand bei den zentralen Aufgaben für die Zukunft stärken. Zur **Bewältigung des demografischen Wandels** und des damit einhergehenden **drohenden Fachkräftemangels** werden wir unsere **Fachkräftestrategie weiterführen** und eine **Weiterbildungsoffensive** für unsere Beschäftigten **auf den Weg bringen**. Gerade mittelständische Unternehmen müssen wir bei der Vorbereitung auf die Digitalisierung unterstützen, damit sie die Chancen erfolgreich nutzen können. Wir werden dazu ein **„Aktionsprogramm Digitalisierung“** für kleine und mittlere Unternehmen entwickeln, damit diese mit ihren Beschäftigten einen sicheren Weg in die digitale Zukunft finden.

Handwerk. Das saarländische Handwerk ist eine starke Säule der Saarwirtschaft. Es zeichnet sich durch eine besondere Krisenfestigkeit aus und steht angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Die Stärke der handwerklichen Betriebe wollen wir mit unserem Instrumentarium der Landesförderung sichern, zum Beispiel bei der Unterstützung der Unternehmensnachfolge.

Mut zu Gründung, Nachfolge und zweiter Chance. Bei **Gründungen** sehen wir im Saarland noch ein großes Potenzial. Außerdem suchen im Saarland jährlich etwa tausend Unternehmen **Nachfolger**. Deshalb wollen wir den **Mut zur Selbstständigkeit** unterstützen. Wir wollen die Förderung aller Gründungsetappen von der ersten Idee bis zur erfolgreichen Realisierung sicherstellen. Im Netzwerk **„Saarland Offensive für Gründer“** wollen wir die Zahl produktionsorientierter Gründungen und Nachfolgen steigern und verstärkt spezifische Zielgruppen wie **Gründerinnen** sowie **Migrantinnen und Migranten** ansprechen. Wir wollen erfolgreiche und leistungsfähige Firmen erhalten und wertvolle Arbeitsplätze sichern. Dazu werden wir Unternehmen frühzeitig für die Nachfolge sensibilisieren. **Scheitern als Selbstständiger ist kein Makel**. Wir werden auch bei möglicherweise notwendigen zweiten Gründungs-Versuchen helfen und ein Maßnahmenpaket aufsetzen, damit diese zweite Gründung erfolgreich wird.

Standortpolitik mit kluger Wirtschaftsförderung. Mit aktiver Standortpolitik stellen wir uns im Wettbewerb der Regionen national und international gut auf. Den durch die Einigung bei den Bundesländer-Finanzbeziehungen eröffneten Spielraum wollen wir auch für die Förderung von **Investitionen und Innovationen** nutzen, um Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern. Wir setzen auf Branchen mit besonderem **Wachstumspotenzial**: Automotive, Gesundheit und Pharmazie, Produktions- und Werkstofftechnik, IT und Kommunikationstechnologie, Dienstleistung und Tourismus. Den erfolgreichen **„Masterplan Industrieflächen“** werden wir weiter umsetzen, die Entwicklung kommunaler Industrie- und Gewerbeflächen besonders fördern und gute Anbindungen an das Verkehrsnetz sicherstellen. Damit der Strukturwandel weiter gelingt, werden wir die Potenziale ehemaliger Bergbauflächen für gewerbliche Folgenutzung identifizieren.

Breitbandausbau in der Fläche. Internetzugänge mit Breitbandqualität sind heute so wichtig wie früher ein Eisenbahnanschluss. Wir werden deshalb den Ausbau vorantreiben, um unsere Dörfer und Städte und vor allem unsere mittelständischen Betriebe mit schnellem Internet zu versorgen. Fünfzig Mega-Bit/s sind nur ein Schritt auf dem Weg in die **Giga-Bit-Gesellschaft**. Wo der Ausbau privatwirtschaftlich nicht erfolgt, müssen öffentliche Mittel zielgenau unterstützen.

Fachkräftesicherung. Die Folgen des demografischen Wandels treffen uns im Saarland früher und mit größerer Härte als andere Länder. Wir spüren heute schon in einzelnen Branchen Fachkräftemangel. Mit dem „**Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar**“ kann das Saarland ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort mit Guter Arbeit bleiben. Die dort benannten Handlungsfelder wollen wir zusätzlich an besonders betroffenen Branchen wie der Pflege ausrichten. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir die **Einrichtung arbeitsplatznaher Kindergärten** wohnortunabhängig unterstützen: Betreuung soll dort möglich sein, wo die Eltern sie für ihre Kinder brauchen.

Das Saarland ist das Herz der Großregion. Die Lage des Saarlandes im Herzen Europas und der **Großregion** wollen wir noch intensiver **für unsere Saarwirtschaft** nutzen. Gemeinsam mit den Partnern in der Großregion wollen wir ein **Leitbild für einen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum** erarbeiten. Zur Schaffung von Arbeitsplätzen wollen wir gezielt Entscheider international aufgestellter Unternehmen auf uns aufmerksam machen, um **Firmenzentralen im Land anzusiedeln**.

6. Wir bleiben Energieland.

Das Saarland ist ein Land voll Energie – und das soll auch so bleiben. Die SPD Saar steht für einen modernen Energiemix der Zukunft: **bezahlbar, sicher, erneuerbar**. Die Energiewende gelingt jedoch nur, wenn wir Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien sinnvoll miteinander verbinden. Sozialdemokratische Energiepolitik verfolgt daher einen ganzheitlichen Ansatz, der Energie-, Industrie- und Wirtschaftspolitik in Einklang bringt und die Bereiche Strom und Wärme sowie Wohnen und Mobilität umfasst.

Mit voller Energie in der Regierung. Das Saarland voller erneuerbarer Energien. Seit die SPD im Saarland wieder regiert, geht's auch bei der Energiewende vorwärts: Wir haben den **Anteil erneuerbarer Energien seit 2012 um über sechzig Prozent gesteigert**. Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien am saarländischen Stromverbrauch bis zum Jahr **2020 von derzeit zwölf auf mindestens zwanzig Prozent** erhöhen – als Basis für den weiteren Ausbau. Auch in den kommenden Jahren wollen wir eine zukunftsweisende Energiepolitik gestalten, damit unser Saarland erfolgreiches Energieland bleibt. Dafür werden wir uns auch weiterhin in Berlin und Brüssel einsetzen wie im Rahmen der letzten EEG-Novellen.

Bezahlbare Preise. Die Akzeptanz der Preise ist existenziell für die Energiewende. Daher werden wir ein unaufhaltsames Steigen der Energiepreise für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Betriebe nicht zulassen und Belastungen so gering wie möglich halten. Preissenkungspotenziale müssen ausgeschöpft und ebenso wie sinkende Börsenstrompreise an die Endkunden weitergegeben werden. Wir werden eine steuerfinanzierte Komponente zur **Senkung des Strompreises** prüfen. Wer das nötige Kleingeld für Gebäudesanierung, Fotovoltaik oder Stromspeicher besitzt, wird diese Maßnahmen ergreifen und so teilweise energieautark. Doch wir werden es nicht zulassen, dass die Finanzierung der Energiewende auf die Bezieher normaler bzw. niedriger Einkommen abgewälzt wird. Daher kann eine Finanzierung der Energiewende mit einer steuerfinanzierten Komponente einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und bezahlbaren Strompreisen leisten. Wir wollen eine von der Umsatzsteuer befreite Grundversorgung, um niedrige Einkommen zu entlasten und Stromsperren zu verhindern.

Transparenz und Beteiligung. Zur Akzeptanz im Energiesektor gehören auch transparente Genehmigungsverfahren bei Investitionsvorhaben unter Beteiligung aller Betroffenen. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger stärker an der Rendite der Energiewende beteiligt werden. Deshalb setzen wir auf Mieterstrommodelle und werden Bürgergenossenschaften stärken.

Sichere Energieversorgung durch einen klugen Energiemix. Wir bleiben auch in Zukunft Energieland. Nur ein kluger Energiemix mit **Kohle und Gas als wichtiger Brücke** bereitet uns den Weg **in das Zeitalter der erneuerbaren Energien**, ohne die Sicherheit der Energieversorgung zu gefährden. Diese Sicherheit schaffen unsere saarländischen Kraftwerksstandorte, worin wir sie uneingeschränkt unterstützen. Die SPD Saar sieht vor diesem Hintergrund in der **Schaffung eines Kapazitätsmarktes**, der bereitgestellte Kraftwerksleistung honoriert, einen Garanten für die **Versorgungssicherheit** und damit einen weiteren Baustein zur Akzeptanz und zum Gelingen der Energiewende. Um die dezentrale Komponente der konventionellen Energieerzeugung zu stärken, wollen wir die Einrichtung moderner Blockheizkraftwerke stärker fördern und die **Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen**. Die **Fernwärmeschiene Saar** unter Einbindung aller Beteiligten werden wir langfristig absichern und das **Stromnetz** auf der Verteilnetzebene für die Anforderung der Integration erneuerbarer Energien **fit machen**.

Intelligente Energieversorgung schaffen. Die Vernetzung der dezentralen und zentralen Produktion stellt besondere Anforderungen an die Netze. Informations- und Kommunikationstechnologien werden bei der Verknüpfung der Komponenten eine zentrale Rolle spielen. Das Saarland bietet mit

klugen Köpfen, exzellenten Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen den idealen Ort, um **intelligente Netze („Smart Grids“)** weiter zu erforschen und auszubauen. Neben der **Steuerung der Produktion und Verteilung** wollen wir die Energie auch smart und digital zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern bringen. Deshalb werden wir in Zukunft verstärkt auf kostengünstige und sichere **intelligente Stromzähler („Smart Meter“)** setzen, um den Energieverbrauch für die Endkunden transparent und jederzeit via App einsehbar abzubilden. Zudem schützen intelligente Stromzähler vor Stromsperrern. Intelligente Energieversorgung mit entsprechenden Speichertechnologien sowie höhere Energieeffizienz können zu geringeren Stromkosten führen. Eine intelligente Energieversorgung ist eine Grundlage für neue Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Digitalisierung wie „**Smart Home**“ oder **altersgerechte Assistenz für selbstbestimmtes Leben (AAL)**.

Mobilität. Eine gelingende Energiewende darf die Mobilität nicht ausklammern. Elektromobilität wird zunehmend an Bedeutung gewinnen. Wir wollen, dass das Elektroauto der Zukunft im Autoland Saarland gebaut und so Arbeitsplätze in der Automobilindustrie entstehen. Mit dem Ausbau der Infrastruktur für Elektrofahrzeuge arbeiten wir an der Verkehrswende. Die öffentliche Hand muss mit umweltschonenden Fahrzeugflotten und Elektrofahrzeugen eine Vorreiterrolle einnehmen.

Energieeffizienz. Energieeffiziente Gebäude sind ein wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende. Die **Gebäudesanierung** bietet noch immer große Potenziale zur Energieeinsparung. Neben der Förderung energetischer Sanierung werden wir bei landeseigenen Gebäuden eine Vorbildfunktion einnehmen. Eine höhere Energieeffizienz braucht weiter eigene Förderprogramme des Landes und Beratungsangebote. Die **Energieberatung Saar** werden wir weiterentwickeln. Das Programm „**Stromsparcheck Plus**“ soll verstärkt Haushalten mit geringem Einkommen Beratung und **kostenlose Energiesparpakete** ermöglichen.

Nein zu Atomkraft und Cattenom. Atomkraftwerke sind nicht sicher und eine Gefahr. Deshalb ist der **Ausstieg aus der Atomkraft** in Deutschland **unumkehrbar**. Die Kosten des Rückbaus und der Endlagerung dürfen nicht auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bau neuer AKW nicht mehr durch die Europäische Union gefördert oder unterstützt wird. Das Atomkraftwerk **Cattenom** stellt eine unmittelbare Gefahr für das Saarland dar. Es **muss umgehend abgeschaltet werden**. Hierfür werden wir uns weiter mit ganzer Kraft einsetzen und noch stärker den Schulterschluss mit unseren Nachbarn in der Großregion suchen.

Netzwerke im Land. Wir unterstützen Netzwerke wie die **Landesinitiative Energieinnovation Saar (LIESA)**, um innovatives Know-How im Austausch von Wirtschaft und Wissenschaft zu bündeln, neue Produkte und Dienstleistungen schneller in den Markt zu bringen und dem Energiestandort Saarland neue Impulse zu geben. In allen wichtigen Fragen der Energiepolitik setzen wir im **Energiebeirat** auf Information, Dialog und Zusammenarbeit. Den Energiebeirat, dem Vertreter von Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und Kommunen angehören, wollen wir noch stärker in die energiepolitischen Entscheidungen einbinden. Darüber hinaus wollen wir saarländische Modellprojekte für Vernetzung schaffen. Wir wollen ein Konzept „**Wohnen – vernetzt und intelligent**“ unter Beteiligung von Wirtschaft und Wissenschaft für zukunftsweisende Neu- und Umbauprojekte auf den Weg bringen, mit dem wir „Smart Home“, Elektromobilität, sozialen Wohnungsbau, altersgerechtes Wohnen und Energieeffizienz gleichermaßen in den Blick nehmen.

Kommunale Energiewirtschaft. Konkurrenzfähige Stadt- und Gemeindewerke leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und dem Gelingen der Energiewende. Wir werden Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der kommunalen Versorger ergreifen und auf allen Ebenen dafür sorgen, dass Rekommunalisierungen weiterhin möglich bleiben. Weitere **Privatisierungen lehnen wir ab**. Auch die interkommunale Zusammenarbeit soll erleichtert werden. Hürden für kommunale Unternehmen im Bereich der Energiewirtschaft wollen wir beseitigen.

7. Verkehr auf einem guten Weg

Mutig mobil im Saarland. Im Zentrum guter Verkehrspolitik stehen nicht bestimmte Verkehrsträger, sondern das Bedürfnis der Menschen nach Mobilität. Das ist auch eine Gerechtigkeitsfrage: Mobilität ist Grundlage für die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Deshalb streben wir eine integrierte Verkehrspolitik an, die Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr nicht isoliert betrachtet. Neue Mobilitätskonzepte sind eine große Chance für den ÖPNV im Saarland. Die SPD Saar hat die Kraft und den Mut, sie auch umzusetzen. Deshalb werden wir ein solches Mobilitätskonzept erstellen. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir für eine verkehrsträgerübergreifende Strategie zur Mobilität nutzen. Mit der Novellierung des ÖPNV-Gesetzes haben wir die Grundlage für einen zeitgemäßen und modernen Nahverkehr geschaffen, den wir in den kommenden Jahren in Zusammenarbeit mit den Akteuren ausgestalten wollen.

Neue Mobilitätskonzepte denken. Um bestmögliche Mobilität zu gewährleisten, müssen wir ausgetretene Pfade verlassen und verkehrsträgerübergreifende, innovative, den regionalen Gegebenheiten angepasste Mobilitätsangebote umsetzen. Dazu gehören Mobilitätszentralen, Anruf-Sammeltaxis, Ruf- und Bürgerbusse. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir das Verkehrsangebot durch Modellprojekte stärken. Dabei muss es möglich werden, landesweit mit einem Fahrschein zu reisen und alle Mobilitätsangebote auf einer App zusammenzuführen, über die jeder Weg von A nach B einfach zu planen und buchen ist.

Gemeinsam sind wir stärker. Das gilt auch in Fragen der Mobilität. Deshalb setzt die SPD in Fragen der Mobilität auf Information, Dialog und Zusammenarbeit und wird die verkehrspolitischen Entwicklungen im **Runden Tisch Mobilität** gemeinsam mit Verbänden, Kammern, Gewerkschaften, Hochschulen und Kommunen diskutieren.

Barrierefreie Mobilität. Mobilität für alle Menschen im Saarland setzt voraus, dass alle uneingeschränkten Zugang zum Nahverkehr haben. Deshalb wollen wir **alle Bahnhöfe und Haltestellen im Nahverkehr bis 2022 barrierefrei ausgestalten** und sie zu attraktiven Visitenkarten des ÖPNV machen. Die Wege zu Haltepunkten des Nahverkehrs müssen barrierefrei erreichbar sein, deshalb werden wir auch in die Barrierefreiheit von Gehwegen und Ampeln investieren.

Qualität und Sicherheit aufs Gleis setzen. Attraktive Fernverkehrsverbindungen entscheiden über Image und Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb muss der Bund seiner Verpflichtung nachkommen, uns langfristig und verbindlich an wichtige Fernverkehre anzubinden. Wir treten für einen zwischen Bund und Ländern abgestimmten Fernverkehrsplan ein, damit Fern- und Nahverkehr sinnvoll verknüpft und vertaktet werden können. Die **Sicherung und Verbesserung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris-Saarbrücken-Frankfurt** hat für uns höchste Priorität. Im schienengebundenen **Nahverkehr** setzen wir insbesondere auf **Verbesserung der Qualität** vor Ausbau. Dazu gehören für uns die Reduzierung von Ausfällen und Verspätungen sowie eine Verbesserung der Taktabstimmung.

Für die Attraktivität des Schienenverkehrs spielt das Sicherheitsempfinden der Fahrgäste, aber auch der Beschäftigten, eine wichtige Rolle. Technische Hilfsmittel wie Überwachungskameras können dabei nur ein Teil der Lösung sein, deshalb lautet unsere Mindestanforderung für alle Züge im saarländischen Nahverkehr: **tagsüber mindestens fünfzig, ab 19 Uhr hundert Prozent Zugbegleiterquote.** Außerdem sorgen wir für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Verkehrsunternehmen.

Moderne Tarife für den ÖPNV: Übersichtlich, fair, individuell. Zu einem modernen ÖPNV gehören moderne Tarife. Das aktuelle System führt für Fahrgäste, die auf Kurzfahrten eine Wabengrenze überschreiten, zu höheren Fahrpreisen. Deshalb werden wir die „**wandernde Kurzstrecke**“ einführen,

damit jeder Fahrgast wabenunabhängig zu einem günstigen Preis vier Stationen fahren kann. **Berufspendler** brauchen **bessere Rabatte beim Jobticket**. Um den ÖPNV für Familien attraktiver zu machen, werden wir die Möglichkeit der Einführung eines **Familientickets** prüfen. Außerdem werden wir die **Wabenstruktur überarbeiten**, um Ungleichheiten zu beseitigen, und in Modellversuchen durch einen individuellen entfernungsabhängigen Tarif ersetzen.

Faire Regeln für faire Verkehre. Wir brauchen neue Regeln für eigenwirtschaftliche Verkehre, damit erfolgreiche, kommunale Verkehrsbetriebe nicht an ihrem eigenen Erfolg scheitern. So garantieren wir ein umfassendes Verkehrsangebot und sichern gute Arbeitsplätze. Wir setzen uns auch bei eigenwirtschaftlich erbrachten Verkehren für **Sozial- und Qualitätsstandards** ein und wollen Anträge mit **Dumpinglöhnen zu Lasten von Beschäftigten und Fahrgästen ausschließen**.

Gute Straßen durchs Land der kurzen Wege. Das Saarland verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Bundes- und Landstraßen, deshalb setzen wir auch in den kommenden Jahren auf **Erhalt vor Neubau**. Durch Schuldenbremse und hohe Planungskosten für Projekte an Bundesstraßen hat Geld für die Sanierung der Landesstraßen gefehlt. Deshalb muss fast die Hälfte bald instandgesetzt werden. Wir dürfen unseren Kindern keine marode Infrastruktur hinterlassen. Wir werden eine **Offensive zur Verbesserung der Landstraßen** starten und ein **Programm „Gute Straßen für das Saarland“** auflegen. Bei der Neuregelung der Fernstraßenverwaltung wird sich die SPD Saar dafür einsetzen, dass Länder und Personalvertretungen beteiligt, niemand gegen seinen Willen versetzt, in jedem Bundesland ein Sitz der neuen Bundesgesellschaft errichtet wird und Standorte erhalten bleiben. Effiziente Straßenbauvorhaben erfordern den Kontakt zu den Menschen vor Ort.

Plus für Mensch und Umwelt: Mitfahrparkplätze. Fahrgemeinschaften tragen dazu bei, die Verkehrswege zu entlasten, Staus und CO₂-Emissionen zu vermeiden und den Geldbeutel zu schonen. Um Mitfahrparkplätze sicherer und attraktiver zu machen, werden wir ihre Beleuchtung vorantreiben.

Fahrradwege für Alltag und Tourismus. Wir fördern nachhaltige Mobilität. Der Radverkehrsplan des Saarlandes wird kontinuierlich mit Kommunen und Verbänden fortgeschrieben. Neben der **Weiterentwicklung des touristischen Wegenetzes** wollen wir den Verkehrsanteil im Alltag steigern. Mit der erfolgreichen **Kampagne „Stadtradeln“** haben wir dem **Alltagsradverkehr** neuen Schwung gegeben. Um das Fahrrad als gesundes und klimafreundliches Verkehrsmittel zu fördern, wollen wir die Nutzung mit anderen Verkehrsträgern besser verzahnen durch mehr abschließbare Mietboxen an Haltepunkten, den Ausbau moderner Abstellanlagen, Ladestationen für e-Bikes und innovative Mobilitätskonzepte wie öffentliche Verleihsysteme.

Unser Flughafen – das Tor zur Welt. Wir haben die Zukunft des Flughafens Saarbrücken gesichert und so einen wichtigen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusstandort Saarland geleistet. Den **erfolgreichen Konsolidierungskurs** werden wir fortsetzen, damit der Flughafen ab 2020 ohne Defizit im Flugbetrieb auskommt. Dabei werden wir wichtige und notwendige **Sicherheitsinvestitionen prioritär** umsetzen.

Ausbau der Moselschleusen – für unsere Wirtschaft und unsere Umwelt. Für Güterverkehrsschiffe führt der Weg zur Saar über die Mosel, die mit den in den sechziger Jahren gebauten Schleusen der Verkehrsbelastung heute nicht mehr gewachsen ist und damit die Wachstumspotenziale auch der saarländischen Häfen hemmt. Zusammen mit Luxemburg und Rheinland-Pfalz setzen wir uns weiter für einen **zügigen Ausbau der Moselschleusen** ein, um den Beginn der Arbeiten zu beschleunigen.

Standards setzen: Verkehrsentwicklungsplan fortschreiben. Unter Beteiligung von Verbänden, Kammern, Verkehrsunternehmen und Fahrgästen schreiben wir **bis 2018 den saarländischen Verkehrsentwicklungsplan ÖPNV** fort. Wir definieren Standards, Strategien und Maßnahmen für den

ÖPNV der Zukunft. Mit Blick auf den gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt sowie den gemeinsamen Kulturraum in der Großregion entwickeln wir dabei auch unsere **Strategie für den grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehr** weiter.

8. Gesund, fair, regional. Mehr Mut für eine nachhaltige Umwelt- und Landwirtschaftspolitik

Wir verbinden erfolgreiches Wirtschaften, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung im industriell geprägten Saarland zum Wohl der Gesellschaft. Gemeinsam mit den Saarländerinnen und Saarländern werden wir auch in Zukunft eine vernünftige Umweltpolitik und eine gesunde, nachhaltige Landwirtschaftspolitik gestalten.

Umwelt-, Naturschutz und Waldbewirtschaftung. Das Saarland ist vielfältig und einzigartig. Der **Nationalpark „Hunsrück-Hochwald“** leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Umsetzung der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“. Naturbegeisterte Wanderer wollen wir zukünftig im Besucherzentrum Nationalparktor in Otzenhausen empfangen. Die Ausweisung des europaweiten **Natura-2000**-Netzes werden wir zügig abschließen. Mit einer saarländischen **Biodiversitätsstrategie** wollen wir als erstes Bundesland die „**Naturschutz-Offensive 2020**“ der Bundesregierung mit Naturschutzverbänden und Interessengruppen schrittweise umsetzen. Wir setzen uns für eine stärkere Vernetzung und Kooperation der Schutzgebietsverwaltungen ein. Wir wollen den Vertragsnaturschutz als wichtiges Erhaltungsinstrument für ökologisch wertvolles Grünland ausbauen. Die naturnahe Waldbewirtschaftung wollen wir auch zukünftig den Anforderungen der Zeit anpassen. Dafür werden wir den Landesbetrieb SaarForst stärken. Er soll waldbesitzende Kommunen sowie Private bei der Bewirtschaftung ihrer Wälder unterstützen und beraten. Die Flurneuordnung wird im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel forciert. Entstehende Bewirtschaftungseinschränkungen sollen durch die Förderinstrumentarien der EU ausgeglichen werden. Der saarländische **Staatswald bleibt Bürgerwald**.

Ländlicher Raum. Für uns ist klar: Der ländliche Raum fördert die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung und ist identitätsbildend. Der **Saarländische Entwicklungsplan für den ländlichen Raum (SEPL)** hat eine klare sozialdemokratische Handschrift. Mit Fördermaßnahmen und effektiven Konzepten begegnen wir den Herausforderungen, denen der ländliche Raum gegenüber steht. Mit Dorfentwicklungsprogrammen wollen wir die Daseinsvorsorge sowie die technische, soziale und kulturelle Infrastruktur sichern. Wir werden uns weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass finanzielle Unterstützung für die Kommunen auch ankommt. In städtischen und ländlichen Regionen wollen wir gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen und erhalten. Prioritär sind für uns Maßnahmen, die sozialer Inklusion, Armutsbekämpfung und wirtschaftlicher Entwicklung dienen. Für notwendig erachten wir weiterhin einen umfassenden Landesentwicklungsplan, der eine Entwicklungsstrategie für die Stärkung der Ballungsräume und der ländlichen Regionen gleichermaßen beinhaltet.

Umwelt und Mensch. Umweltbelastungen kennen keine nationalen Grenzen. Daher fördern wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Umweltbehörden zum Schutz der Menschen. Unwetterkatastrophen können alle treffen. Über Informationskampagnen wollen wir das Bewusstsein für Vorsorgemaßnahmen vor Unwetterereignissen schärfen. Mit Erschrecken erleben wir einen Verlust von Wissen über Natur und Umwelt und eine Abnahme des Bezugs zu Lebensmitteln und deren Herstellungsprozess. Eine solche Entwicklung schwächt regionale Produzenten und führt zum Verlust von Vielfalt in der Kulturlandschaft. Gemeinsam mit Vereinen, Verbänden und Landwirtschaft werden wir darauf mit innovativen Bildungsangeboten reagieren.

Verbesserter Tierschutz. Die SPD Saar steht für viele Verbesserungen im Bereich des Tierschutzes im Saarland. Noch nie war die finanzielle Förderung so hoch. Den **Runden Tisch Tierschutz** werden wir

aufrechterhalten. Der **Landestierschutzbeauftragte** als wichtiger Partner hat sich bewährt. Gemeinsam mit den Tierschutzorganisationen wollen wir die **Kennzeichnungspflicht von Hunden und Katzen** einführen und mit den Kommunen eine **Katzenschutzverordnung** auf den Weg bringen. Den Betrieb der zentralen **Wildvogelauffangstation** wollen wir nachhaltig sicherstellen, die Arbeit der **Tierheime** auch zukünftig durch Investitionen begleiten, wenn die Finanzierung der betrieblichen Kosten durch Konsortialverträge sichergestellt ist. Wir haben wesentliche Punkte des Natur- und Tierschutzes in das Jagd- und Fischereigesetz überführt. Die **artgerechte Tierhaltung** hat für uns einen hohen Stellenwert. In Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten und Hochschulen wollen wir **Alternativen zu Tierversuchen** entwickeln. Wir sind **gegen Wildtiere in Zirkussen**.

Umweltgerechtigkeit. Im Saarland ist jede_r Sechste armutsgefährdet. Dieser Zustand hat enorme Auswirkungen auf die soziale Gerechtigkeit: Menschen mit niedrigem Einkommen leben in Wohngebieten mit teils defizitären Wohnbedingungen und vernachlässigten Infrastrukturen. Das begünstigt gesundheitliche Risiken und Benachteiligungen. Gemeinsam mit Deutscher Umwelthilfe (DUH), Naturschutzbund (NABU) und Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) haben wir die bundesweite **Initiative für mehr Umweltgerechtigkeit** in den gesellschaftlichen Fokus gerückt. Wir wollen gesunde Wohnbedingungen für alle Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status schaffen. Innerhalb besiedelter Räume wollen wir mehr Maßnahmen für den Naturschutz anregen. Die Erstellung systematischer Stadt- oder Dorfbiotopkartierungen werden Grundlage einer fachlich fundierten und **integralen Naturschutzplanung** in unseren Städten und Dörfern.

Mehr Mut für eine nachhaltige Landwirtschaft. Um die Bedürfnisse von rund 500 Millionen Menschen in Europa zu erfüllen, brauchen wir eine **starke Landwirtschaft - konventionell wie biologisch**. Aber vor allem brauchen wir flächendeckend eine **faire und hochwertige Landwirtschaft**. Wir stehen hinter den saarländischen kleinbäuerlichen Betrieben. Es ist und bleibt unser Anspruch, **Ressourcen zu schonen**, die **Umwelt zu schützen**, **Kulturlandschaftspflege zu betreiben** und dem **Tierwohl gerecht zu werden**. Wir setzen uns dafür ein, die **Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung zu verzahnen**. Zielvorgaben von EU-Richtlinien wie die Wasserrahmenrichtlinie sind konsequent umzusetzen. Die Förderprogramme müssen gezielter als bisher ausgerichtet werden. Wir wollen **weniger Bürokratie** und **mehr Effizienz** für eine nachhaltige Landwirtschaft. Die leistungsfähige Agrarverwaltung soll weiter optimiert werden. Im Rahmen der Abstimmungsprozesse für die neue Förderperiode werden wir uns kritisch mit dem Zwei-Säulen-Modell der europäischen Agrarpolitik auseinandersetzen. Die Umsetzung gesellschaftlich relevanter Leistungen soll gezielter durch öffentliche Gelder unterstützt werden. Wir haben uns erfolgreich für die Bewilligung einer **Ausgleichszulage für Nicht-Gunststandorte** einsetzen können. Unser langfristiges Ziel ist die **Sicherstellung einer bäuerlichen Landwirtschaft in der Fläche**: Betriebe mit ungünstigen Standortfaktoren sollen höhere Direktzahlungen als Gunststandorte erhalten. Standorte mit niedrigem Viehbesatz und extensiver Wirtschaftsweise sind bei der Verteilung der Prämien zu bevorzugen. Vor allem junge Landwirt_innen und Betriebsleiter_innen sollen eine reelle Chance haben, ihre Betriebe in eine verlässliche Zukunft zu führen. Regionalvermarktungsinitiativen werden wir weiter unterstützen. Unsere **Spitzenposition im Ökolandbau** werden wir **ausbauen**. Frei werdende Mittel sind auch in Zukunft für die Ökolandwirtschaft vorgesehen. Das **Saarland** ist **gentechnikfrei** und bleibt es. Für die **Landwirtschaftskammer** wollen wir ein **sinnvolles Beratungs- und Aufgabenkonzept** und eine **nachhaltige Finanzierungsgrundlage** erarbeiten. Eng verbunden mit dem Ansehen der Landwirtschaft ist die **Wertschätzung von Lebensmitteln**. Wir akzeptieren keine Schleuderpreise für Lebensmittel. Ein fairer Preis sichert die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe. Ein fairer Wettbewerb ist dabei Grundvoraussetzung.

C. Gleiche Bildungschancen für alle

Die bildungspolitische Leitidee der SPD orientiert sich an den Bedürfnissen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Jedem Kind wird der bestmögliche Bildungsweg zum Eintritt in das Berufsleben ermöglicht.

Bildung ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe der Menschen. Eine gute Bildung sichert den Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft einen Zugang zu einer selbstbestimmten Lebensführung. Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es daher, junge Menschen unabhängig von ihrem sozialen Umfeld und ihren finanziellen Möglichkeiten auf ihrem individuellen Weg durch das Bildungssystem zu begleiten und zu fördern. Hier haben wir in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Im Saarland entscheiden heute nicht mehr die Herkunft der Kinder oder der Geldbeutel der Eltern über Abschlüsse oder Schulerfolge, sondern die Fähigkeiten und der Einsatz der Kinder.

Gute Schulen arbeiten inklusiv, im Ganztage, mit multiprofessionellen Teams, bekennen sich zur Schulmitbestimmung und sind gesund. Mehr Qualität im Bildungssystem, die Gebührenfreiheit in der Bildung und ein Rechtsanspruch auf Ganztage schulplätze sind ohne eine finanzielle Beteiligung des Bundes und eine spürbare und langfristig sichere Entlastung der Kommunen nicht möglich. Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist und bleibt, das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufzuheben.

1. Frühkindliche Bildung

Krippenplätze ausbauen – Kitaplätze sichern. Trotz erheblicher Anstrengungen und Fortschritte beim Ausbau der frühkindlichen Bildung benötigen wir auch in Zukunft weitere Betreuungsplätze im frühkindlichen Bereich. Der Versorgungsgrad mit Krippenplätzen muss landesweit auf vierzig Prozent steigen. Dabei ist den unterschiedlichen Nachfragesituationen im ländlichen Raum und in den Ballungsgebieten Rechnung zu tragen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir den Ausbau weiter vorantreiben.

Neben Quantität setzen wir auch auf Qualität. Die Qualität der bestehenden Einrichtungen darf dabei nicht aus dem Blick geraten. Deshalb muss die Sanierung des Bestands auch im Bereich der Kindergärten in Angriff genommen werden. Dazu brauchen wir gut qualifizierte Fachkräfte. Die Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen werden wir weiter stärken. In der Kita wird der Grundstein für die Bildung unserer Kinder gelegt. Die Förderung in der deutschen Sprache und ein guter gestalteter Übergang der Kinder zur Grundschule sind für uns Pfeiler eines Qualitätsentwicklungsprogramms.

Beitragsfreie Bildung von Anfang an. Bildung muss dauerhaft für jedes Lebensalter beitragsfrei werden, von der Krippe bis zur Weiterbildung. Durch die Schulpflicht und die Abschaffung der Studiengebühren ist dies schon in zwei wesentlichen Bereichen gelungen. Die nächsten Schritte müssen im Bereich der frühkindlichen Bildung und bei der Meisterausbildung gegangen werden.

Die Gebühren für Krippen und Kitas sind eine erhebliche finanzielle Belastung. Deshalb werden wir sie für alle senken und nach und nach abschaffen. Die Betreuung für Kinder in Kindertageseinrichtungen muss schrittweise beitragsfrei werden. Dies dient vor allem der Schaffung gleicher Bildungschancen, aber auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist ein wichtiger Standortfaktor.

2. Schule – Mit mehr Freiheit zu mehr Innovation und Zufriedenheit

Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht. Durch den konsequenten Ausbau echter Ganztagschulen ist die Zahl der Schüler_innen im Ganztagsunterricht in dieser Legislaturperiode fast verdreifacht worden. Der Ganztag boomt. Und unser **Ganztag im Saarland** gilt bundesweit als **Musterbeispiel für Qualität**. Dennoch existiert immer noch keine echte Wahlfreiheit zwischen Halbtagsschule mit Nachmittagsbetreuung und echtem Ganztag mit einer Verzahnung der Bildungsinhalte am Vor- und Nachmittag. Mit der Fortsetzung des erstmalig aufgelegten Landes-Investitionsprogramm zum Ausbau ganztägiger Betreuung muss es allen Kindern und Eltern ermöglicht werden, sich auch für eine gebundene Ganztagschule entscheiden zu können. Dafür muss ein **Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht** geschaffen werden.

Kriterien der Personalbemessung. Jedes Kind ist anders. Und Schule ist nicht gleich Schule. Die Belastung für die pädagogischen Fachkräfte in unseren Schulen ist zunehmend abhängig von sehr konkreten Umständen. Eine weitere Entlastung vor allem sogenannter „belasteter Schulen“ ist erforderlich. Ressourcen müssen stärker nach den jeweiligen Anforderungen bemessen werden. Alle Grundschulen sollen entlastet werden, wenn sie im Ganztag arbeiten, über eine Dépendance verfügen oder eine besondere Belastung aufweisen. Zur **gerechteren Personalisierung** sind Kriterien und Indices zu entwickeln, die eine angemessene Versorgung ermöglichen.

Gleichwertigkeit der Bildungswege. Ob allgemeine oder duale Ausbildung, ob Gemeinschaftsschule, Gymnasium oder das berufliche System: **alle Kinder und Jugendlichen sind uns gleich viel Wert**, alle Bildungswege sind gleichwertig auszugestalten. Sowohl bei der personellen Ausstattung als auch bei den Arbeitsbedingungen ist das noch ein weiter Weg. Entscheidend ist, dass er konsequent weitergegangen wird. Das bedeutet: Die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen muss uns mindestens genauso viel wert sein wie anderen Bundesländern. Wir arbeiten weiter daran, dass das Saarland bei den Ausgaben pro Schüler_in im bundesweiten Vergleich aufsteigt.

Abitur im eignen Takt. Wir haben unsere Gemeinschaftsschulen gut aufgestellt und werden sie in ihrer Entwicklung weiter stärken. Sie stemmen den Hauptteil der Herausforderungen und werden ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht. In den vergangenen Jahren haben sie sich aktiv und engagiert den Themen individuelle Förderung, Inklusion und Integration angenommen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass sie in ihrer Arbeit kontinuierlich und spürbar entlastet werden.

Auch an den Gymnasien haben wir die **Förderung- und Lernentwicklung der einzelnen Schülerinnen und Schüler** in den Blick genommen und die Unterrichts- und Schulentwicklung durch das Projekt für individuelle Lernbegleitung (ProFIL) vorangetrieben. Individuelle Förderung bedeutet auch den Neigungen und Interessen von Schülerinnen und Schülern wieder gerecht zu werden, starre Beschränkungen durch eine breitere Auswahlmöglichkeit bei der Fächerwahl aufzuheben und eine verstärkte Profilbildung für die Studien- oder Berufswahl zu ermöglichen.

Die von der CDU verordnete Schulzeitverkürzung durch G8 wird vielen Schülerinnen und Schülern in dieser Schulform weiterhin nicht gerecht. Die prinzipielle Kritik an G8 verlangt nach einer grundsätzlichen Lösung. **Wir werden für Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 auch an den Gymnasien sorgen. Eine reine Schulzeitverlängerung ist nicht unser Ziel.** Mehr Zeit für Bildung, eine sachgerechte Reform der Oberstufe und qualitätsverbessernde Maßnahmen zur individuellen Förderung müssen zu einem Gesamtkonzept werden.

Keine Reform über die Köpfe der Beteiligten hinweg. Die SPD wird nach den Wünschen und Forderungen von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Verbänden, Hochschule und Wirtschaft bei der Reform der Oberstufe Rechnung tragen. Wir werden einen breiten Beteiligungsprozess organisieren. Unser Weg geht von unten nach oben, nicht von oben nach unten.

Bildungsteilhabe ist inklusiv. Am qualitativen Ausbau unserer Kindertageseinrichtungen und Schulen zu inklusiven Bildungsstätten halten wir fest. Die Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien haben sich auf den Weg gemacht. Im Schuljahr 2018/19 folgen die beruflichen Schulen. Inklusiv zu arbeiten heißt auch, **multiprofessionell im Team** zu handeln. Eine effektive Ausstattung mit multiprofessionellen Teams, die den besonderen pädagogischen Förderbedarfen der Schule gerecht werden (z.B. in Form von schulischer Sozialarbeit und sonderpädagogischer Expertise) ist dabei wichtig. Eine moderne Bildungspolitik sozialdemokratischer Prägung prüft dabei die **Passgenauigkeit** der Angebote **schulischer Jugend- und Sozialarbeit** wie auch der **Eingliederungshilfe** für junge Menschen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen. Ein **Kompetenzzentrum Inklusion** zur Beratung, Qualifizierung und Bereitstellung von Förderangeboten ermöglicht die gleichen Teilhabechancen aller Kinder und Jugendlichen und macht **Schluss mit Ausgrenzung und Exklusion**.

Saarländische Schulen sind gesunde und demokratische Schulen. Eine gesunde Schule kann sich weiterentwickeln. Eine kranke Schule kann das nicht. Das Programm „**Gesunde Schule Saarland**“ bauen wir weiter aus. Sei es in der Beratung in Fragen wie der Wiedereingliederung nach langer Krankheit, beim Mutterschutz oder der Arbeitszufriedenheit - auf die Gesundheit unserer Lehrkräfte legen wir dabei besonderen Wert. Gesunde Schulen fördern die gesunde Lebensweise ihrer Schüler_innen. Mit Präventionsangeboten und der Förderung eines gesunden Mittagessens wollen wir die Schulen weiter unterstützen. Eine Gesunde Schule ist auch eine **demokratische Schule**. Eine Stärkung der Mitbestimmungsarbeit an Schulen, und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften, Eltern und Schüler_innen zur Schulentwicklung macht Demokratie vor Ort erlebbar und erfahrbar. Das Schulmitbestimmungsgesetz ist kein Feigenblatt, sondern ein Instrument zur Schul- und Unterrichtsentwicklung. Demokratisierung bedeutet aber auch, die Schulen auf dem Weg in die **Schulautonomie** weiter zu begleiten. Nicht zuletzt muss unser Bildungssystem angesichts der aktuellen Gefährdungen unserer Demokratie durch fremdenfeindliche und rassistische Angriffe gestärkt werden, um den Wert unserer Demokratie von den Kindesbeinen an durch entsprechende Angebote im Bereich der **Menschenrechts- und Toleranzerziehung** engagiert zu vermitteln. Auch bezüglich der Lehrpläne sollten Kompetenzen im Bereich der Demokratieerziehung im geisteswissenschaftlichen Fächerkanon vertieft werden.

Gute Schulen brauchen gut ausgebildete und gut bezahlte Lehrkräfte. Das Saarland steht auf dem Arbeitsmarkt der Lehrkräfte in der direkten Konkurrenz zu anderen Bundesländern. Am Ende dürfen junge Lehrerinnen und Lehrer nicht draufzahlen, wenn sie im Saarland ihren Dienst antreten wollen. Das Gehaltsgefüge zwischen den Bundesländern driftet zunehmend auseinander. Die **schrittweise Abschaffung der Absenkung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter** ist ein wichtiger Schritt, bundesweit wieder konkurrenzfähig zu werden und den Lehrkräftebedarf an unseren Schulen auch zu decken. Eine **attraktive und zukunftsweisende Ausbildung** an unseren Hochschulen in unseren Studienseminaren und in der Fortbildung ist ein weiterer wichtiger Baustein, Lehrkräfte im Land zu halten. Junge Lehrerinnen und Lehrer müssen von Anfang für den Einstieg in den Beruf gerüstet sein und gut begleitet werden. Die Orientierung des neuen Grundschulstudienganges als reines Primarstufen-Studium war ein erster wichtiger Schritt. Dauerhaft wird es erforderlich sein, **alle Lehrämter gleichwertig auszubilden und entsprechend zu besolden**.

Unser Bild eines „**Campus Lehrer_innenbildung**“ verzahnt die verschiedenen Phasen der Lehrerbildung und trägt zur Qualifizierung und Professionalisierung unserer Lehrkräfte bei. Oberstes Ziel ist es, dass Lehrkräfte in der Lage sind, ihre Schüler_innen auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu begleiten, sie zu fördern und zu einem guten Schulabschluss zu bringen. Der Verpflichtungsgrad der Fortbildungsangebote muss durch eine **passgenaue Beratung** der Schulen erhöht werden. Sowohl die Ausbilderinnen und Ausbilder in den Studienseminaren, als auch Inhaber_innen von Leitungspositionen an Schulen werden wir mit Unterstützung des **Landesinstituts für Pädagogik und Medien** weiter qualifizieren.

3. Digitale Bildung und Medienbildung

Medien sind Motoren für Schul- und Unterrichtsentwicklung. Die Beschäftigung mit und der Einsatz von Medien entwickelt die Qualität von Schule und Unterricht weiter. Diese Entwicklung soll vor Ort gestaltet und strukturiert werden. **Medienkonzepte** sind zu entwickeln und mit bereits vorhandenen Überlegungen wie schulspezifischen Methodencurricula zu verzahnen. Wir werden in Zusammenarbeit mit der Universität des Saarlandes, unseren Studienseminaren und dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien die **medienpädagogische Grundbildung** als verpflichtenden Teil der Aus- und Fortbildung des frühkindlichen, des schulischen und außerschulischen pädagogischen Personals ausbauen und damit den kompetenten und verantwortlichen **Einsatz digitaler Medien** durch Pädagoginnen und Pädagogen über alle Bildungswege hinweg stärken. Das Land und die Kommunen stehen im Dialog, vor Ort die **Voraussetzungen für eine gute Infrastruktur** zu schaffen.

Unterricht mit und durch Medien gestalten. Vielfalt der Menschen – Vielfalt der Medien. Medien fördern das selbstständige Lernen. Sie können einen kaum zu überschätzenden **Beitrag zum Umgang mit Heterogenität** leisten. Medien schaffen Lernräume, in denen binnendifferenziertes und individuelles Lernen gelingt. Initiativen, die in sozialdemokratischer Regierungsverantwortung entstanden sind, wie das Projekt „**Medienscouts Saar**“, das „**Projekt für Individuelle Lernbegleitung an Gymnasien (ProFIL)**“ oder die beiden Grundschulprojekte „**Medienkompass**“ und „**Calliope**“ werden weiter gefördert und ausgebaut. Schulen brauchen dabei die notwendige Unterstützung, die pädagogischen und didaktischen Herausforderungen zu meistern. Das **Zentrum für Medienbildung** am Landesinstitut für Pädagogik und Medien begleitet die Schulen in dieser Schulentwicklung, liefert Beispiele, wie eine gute Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit dem örtlichen Schulträger gelingen kann. **Digitale Bildung und Medienbildung** sind in ihren verschiedenen Dimensionen (u.a. Medienkompetenz und Medienethik) in allen Fächern und über alle Klassenstufen hinweg **in den Lehrplänen** zu verankern. Medienbildung ist wichtiger Baustein demokratischer Bildung in Schule und wesentlicher für die eigene Persönlichkeitsentwicklung. Schule hat der Bedeutung des digitalen Wandels Rechnung zu tragen.

Schnelles Internet – auch für unsere Schulen. Moderne Bildungseinrichtungen dürfen beim Breitbandausbau nicht auf der Strecke bleiben. Lehrkräfte und Schüler_innen unterstützen den Unterricht mit Tablets oder legen Übungsaufgaben auf cloudbasierten Plattformen ab. „**Bring Your Own Device**“-Konzepte, sprich: das Mitbringen eines Smartphones, können dabei hilfreich sein. Ein gesteuerter Zugriff über eine schnelle Internetverbindung, die auch den gleichzeitigen Zugriff mehrerer hundert Personen an einem Standort möglich macht, ist unser Ziel. Durch softwaregesteuerte Netzarchitekturen können Schulen in der Wartung und Betreuung ihrer digitalen Infrastruktur spürbar entlastet werden.

4. Mehr Teilhabe durch Allgemeine Weiterbildung.

Die allgemeine Weiterbildung bietet die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, sei es bei der Anwendung der digitalen Medien, der Erhaltung der Gesundheit, dem Erlernen von Sprachen oder einfach durch den fachlichen und gesellschaftlichen Austausch mit anderen. Allgemeine Weiterbildung bietet ein bedeutender Hebel gegen Vereinsamung und für sozialen Zusammenhalt und einem mehr Miteinander auf der Basis gleicher Interessen. Sie muss daher wohnortnah und in enger Zusammenarbeit mit Volkshochschulen, kirchlicher Erwachsenenbildung und anderen Weiterbildungsträgern organisiert werden und für Menschen mit Familienpflichten zugänglich sein.

Politische Bildung gegen Parolen. Die Landeszentrale für politische Bildung leistet eine Querschnittsaufgabe in allen Lebensphasen des Lernens. Eine wichtige Zielgruppe sind junge

Menschen. Neben der schulischen und außerunterrichtlichen politischen Bildung fördern wir neue Lernformate, um Menschen Handwerkszeug im Kampf gegen rechte Parolen zu geben.

Grundbildung ist mehr als lesen und schreiben lernen. Jede_r Siebte ist nicht in der Lage, einen Text verstehend zu lesen. Deshalb haben wir einen **Grundbildungspakt** geschlossen und **zehn Grundbildungszentren** eingerichtet, um die Grundbildung der Menschen besser zu fördern. Auf Bundesebene wurde eine **Dekade der Alphabetisierung** ausgerufen. Wir wollen daher die Grundbildung zu einem Schwerpunktthema der nächsten Jahre machen. Zur Grundbildung zählen auch weitere Grundfertigkeiten wie z.B. kulturelle, musische und gesundheitliche Bildung.

Bildung vernetzen. Gemeinsamkeit macht stark. Wir werden eine Vernetzung von KiTa, Schule, Hochschule und Weiterbildung anstreben. Die Zusammenarbeit der Bildungsträger schafft Synergieeffekte und hilft den Betroffenen. Dazu sollen alle Bildungsbereiche in einem Ministerium zusammengefasst werden. Auch die Kommunen verstehen sich zunehmend als bildungspolitisch Verantwortliche, nicht nur als Verwaltung von Gebäuden und Personal. Sie bauen Strukturen eines kommunalen Bildungsmanagements auf und entwickeln Lernzentren, in denen Volkshochschule (VHS), Musikschule, Bibliothek u.a. an einem Ort zu kommunalen Bildungslandschaften gebündelt werden. Damit können Bildungsträger von der Kita über Schule und Ausbildung bis zum lebenslangen Lernen miteinander vernetzt werden.

5. Hochschulen: Zukunft der Hochschulen. Zukunft unseres Landes.

Die Hochschulen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Regionalentwicklung. Sie sind ein positiver Faktor, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Sie sind Arbeitgeber. Sie sichern den Nachwuchs an Fach- und Führungskräften und fördern Existenzgründungen. Nicht zuletzt sind die saarländischen Hochschulen auch ein Ort des sozialen Aufstiegs durch Bildung und Motor für die kulturelle Entwicklung unseres Landes. Schließlich bringen sie auch junge, kreative Menschen aus der ganzen Welt ins Saarland, die Perspektiven auch für die wirtschaftliche Entwicklung und unseren Arbeitsmarkt bieten. Der Erhalt eines breiten Fächerangebots, die Öffnung der Hochschulen, Gute Arbeit in der Wissenschaft, eine gute Infrastruktur an den Hochschulstandorten sowie mehr Demokratie und Mitbestimmung an den saarländischen Hochschulen sind Leitlinie für einen modernen Hochschulstandort.

Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir auf Augenhöhe und in transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungen die Weiterentwicklung unserer Hochschulen vorantreiben. Die **Landeshochschulentwicklungsplanung** darf nicht getrieben sein von Sparzwängen, sondern muss sich auf gemeinsame Qualitätsziele für Wissenschaft und Forschung verständigen. Das Hochschulressort darf in Zukunft nicht mehr nur als Anhängsel federführend von der Arbeitsebene betreut werden. Wir werden der Bedeutung der Hochschulpolitik angemessen dafür sorgen, dass das Wissenschaftsressort wieder dem Ministerium für Bildung und Kultur zugeordnet wird, das bei der Hochschule für Musik und der Hochschule der Bildenden Künste gezeigt hat, dass die Hochschulen dort besser aufgehoben sind.

Gute Lehre ist der Garant für ein gutes Studium. Gute Lehre ist unabdingbar für ein gutes Studium und auch den Studienerfolg junger Menschen. Hierzu gehören nicht nur gute Vorlesungen, sondern auch gerade vertiefende Angebote wie Tutorien oder Arbeitsgemeinschaften. Allerdings muss für Studierende auch ein breites Angebot bestehen, sich über den eigenen fachlichen Tellerrand bilden zu können oder durch interdisziplinäre Bildung neue Eindrücke zu gewinnen, die den Blick auf das eigene Studium bereichern. All dies weiterhin zu sichern ist unsere Aufgabe.

Studentische Mitbestimmung stärken. Die Qualität der Lehre kann in erster Linie durch diejenigen beurteilt werden, für die sie gedacht ist. Studierende sind damit nicht nur mit Abstand die größte Gruppe an jeder Hochschule, sondern auch direkt von Gremienentscheidungen betroffen und stehen diesen leider viel zu oft auch ohnmächtig gegenüber. Hier werden wir nachsteuern, um **den Studierenden mehr Gehör** zu verschaffen und vor allem auch ein Mehr an Mitbestimmung an den saarländischen Hochschulen zu verankern.

Wissenschaftlichen Mittelbau schützen. Der wissenschaftliche Mittelbau trägt unverzichtbar zur Qualität von Forschung und Lehre an einer jeden Hochschule bei. Er trägt oft die Hauptlast bei der Betreuung und Durchführung von Tutorien für Studierende und soll gleichzeitig Sprungbrett zu einer universitären Berufslaufbahn sein. Um all dies dauerhaft gewährleisten zu können, müssen wir den Menschen **gute und sichere Arbeitsplätze** ohne andauernde zeitliche Befristungen bieten. Um motivierte Lehr- und Forschungskräfte dauerhaft an den Hochschulstandort Saar binden zu können, ist eine auskömmliche Entlohnung der in Forschung und Lehre tätigen Menschen entscheidend. Auch hier gilt: Nur wer Gute Arbeit hat, kann auch gute Leistungen abrufen.

Gute Infrastruktur an den Hochschulstandorten und bezahlbarer Wohnraum im Land. Zu einem guten Studium gehört auch eine gute Infrastruktur an den Hochschulen. Wir müssen hier trotz der angespannten Haushaltssituation eine solide Planung auf den Weg bringen, wie wir die notwendigen Hochschulbaumaßnahmen umsetzen können.

Studienpioniere stärken und fördern. Studierenden aus Nichtakademiker-Familien muss der Zugang zu den Hochschulen erleichtert werden. Chancengleichheit und Durchlässigkeit müssen die Leitsätze in unserem Bildungssystem sein. Wir ermutigen Schülerinnen und Schüler aus Familien ohne Hochschulerfahrung dazu, als erste in ihrer Familie zu studieren. Damit dies gelingt, erleichtern wir weiter den Zugang zur Hochschule über eine duale Ausbildung.

Studiengebühren dürfen nicht mehr eingeführt werden. Die Hochschulpolitik des 21. Jahrhunderts darf nicht mehr durch überkommene Instrumente vergangener Zeiten den Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu hochwertiger Bildung verbauen. Studiengebühren lehnen wir grundsätzlich ab, da sie eine weitere Hürde für junge Menschen darstellen ein Studium aufzunehmen. Niemand darf an einem Studium aufgrund finanzieller Erwägungen gehindert werden. Entscheidend darf allein das Potenzial in den Köpfen junger Menschen sein, nicht das in den Geldbeuteln der Eltern. Die Ausgaben für unsere Hochschulen werden über die Strahlkraft auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt zu äußerst rentablen Investitionen in den Standort Saarland.

Breites Angebot an Studiengängen. Die SPD Saar steht für den Leitgedanken „Bildung für alle“. Wir wollen daher nicht nur einige wenige Exzellenzstudiengänge oder Exzellenzinstitute in unserem Land, sondern möglichst vielen verschiedenen Menschen ein Hochschulstudium ermöglichen. Insbesondere wollen wir unsere „Landeskinder“ auch im Land behalten. Daher werden wir ihnen ein angemessen breites Angebot zur Verfügung stellen. Zudem ermöglicht ein breites Fächerangebot im saarländischen Hochschulraum auch eine notwendige Interdisziplinarität, um dem technologischen und gesellschaftlichen Wandel und zukünftigen Herausforderungen angemessen entgegenzutreten zu können.

Nachhaltige Finanzierungszusagen durch Land und Bund. Vom Bund fordern wir eine verlässliche Finanzierung von Wissenschaft, Forschung und Innovation sowie eine Unterstützung im Hochschulbau, um dem Sanierungs- und Investitionsstau an unseren Hochschulen zu begegnen. Im Jahr 2020 laufen Bundesprogramme wie der **Hochschulpakt**, der **Pakt für Forschung und Innovation** sowie der **Qualitätspakt Lehre** aus. Bereits im Jahr 2018 müssen die Hochschulen Klarheit darüber haben, wie es weitergeht.

6. Kultur in der Großregion: grenzüberschreitend – urban – nachwuchsorientiert

Kultur macht ein Land erst lebendig. Und unser Land sprüht vor Leben. Gerade im kulturellen Bereich ist Grenzüberschreitung bei uns Alltag. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zeichnet sich Kulturpolitik dadurch aus, dass Grenzen in Frage gestellt und stattdessen Dialog und Vielfalt befördert werden. Kulturarbeit ist für uns immer auch Bildungsarbeit. Allen muss Kultur offen stehen. Es geht um Teilhabegerechtigkeit.

Seit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wieder Regierungsverantwortung in unserem Land tragen, wird Kulturpolitik nicht mehr dazu missbraucht, persönliche Eitelkeiten zu befriedigen. Wir verstehen Kultur nicht als Instrument zur Selbstbeweihräucherung. In sozialdemokratischer Verantwortung wurden die großen Kulturinstitutionen des Saarlandes stabilisiert: Wir haben das **Saarländische Staatstheater als Drei-Sparten-Haus gesichert** und mit neuer Bühnentechnik ausgestattet. Die **künstlerischen Hochschulen** haben **Planungssicherheit** für die nächsten Jahre. Die **Stiftung Saarländischer Kulturbesitz** mit ihren Museen macht wieder **positive Schlagzeilen**.

Wir fördern Kultur von den Menschen, für die Menschen, vor allem aber mit den Menschen.

Kultur braucht Freiräume. Kultur muss experimentieren dürfen. Jede Form kreativen Schaffens muss gewürdigt und gefördert werden. Dabei müssen Künstlerinnen und Künstlern Möglichkeiten eröffnet werden, ihren Mut zur Innovation, zum Experimentellen – auch Streitbaren – auszuleben. Auch Scheitern muss erlaubt sein, weil nur so Weiterentwicklung möglich ist. Darum darf **ökonomischer Erfolg nicht der zentrale Maßstab** sein. Gerade Kulturprojekte, die sich nicht selbst tragen und keinen wirtschaftlichen Erfolg versprechen, müssen womöglich besonders gefördert werden.

Festivallandschaft ausbauen. Das Saarland ist festivalerprobt. Mit dem **Filmfestival Max-Ophüls-Preis** und dem **Festival Perspectives** seien nur zwei genannt, die Leuchtturmcharakter für das Saarland besitzen. Im Bereich der zeitgenössischen Musik fehlt ein solches Festival für die Region noch. Der bestehenden vielfältigen Musikszene des Landes gebührt eine Plattform. Deshalb wollen wir das **neue Musikfestival** absichern, das die Vielfalt der Szene in der Großregion zutage treten lässt, das Grenzen im geografischen wie im künstlerischen Sinne überschreitet und dem Nachwuchs eine Bühne bietet. Der Festspielcharakter entsteht dabei auch, indem urbane Klänge über eine begrenzte Anzahl von Tagen in einem definierten Radius erklingen.

Sichere Existenz für ein bürgernahes Staatstheater. Das Saarländische Staatstheater muss als **Drei-Sparten-Haus erhalten** bleiben. Durch die grundlegende Sanierung der Bühnentechnik im Zeit- und Kostenplan, die personelle Aufstellung der Theaterleitung und eine solide Finanzpolitik wurde hierfür in sozialdemokratischer Verantwortung eine gute Basis bereitet. Unser Theater braucht jetzt für die nächsten Jahre Planungssicherheit. Dazu gehört auch die **Übernahme von Tarifsteigerungen durch das Land**. Die weitere Öffnung des Theaters in die Gesellschaft, der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern anhand innovativer Formate und die forcierte Zusammenarbeit mit den Nachbarn in der Großregion sind dabei Ausdruck der Rolle unserer Bühne als gesellschaftlich relevanter, als grenzenloser Ort des demokratischen Diskurses und der europäischen Zusammenarbeit.

Spitzenausbildung an den Künstlerischen Hochschulen erhalten und erweitern. Die Hochschule für Musik und die Hochschule der Bildenden Künste müssen eigenständig bleiben. Sie sind Exzellenzhochschulen, an denen die künstlerische Elite ausgebildet wird. Diesem Anspruch können kleinere Hochschulen besser gerecht werden. Eine stärkere Verknüpfung der beiden muss vorangetrieben werden. Audio-visuelle Lerninhalte müssen in den Lehrplänen der jeweiligen Studiengänge der beiden Hochschulen gleichermaßen fest verankert werden. Studierende wie Lehrende der beiden Hochschulen kooperieren dadurch frühzeitig und fortwährend miteinander. Das

Spektrum der Studiengänge an den Hochschulen wollen wir erweitern, damit das Saarland als Hochschulstandort an Profil und Attraktivität gewinnt.

Museumslandschaft auf Zukunft stellen. Mit der Fertigstellung des Erweiterungsbaus der **Modernen Galerie** des Saarlandmuseums in diesem Jahr kann einer der schlimmsten kulturpolitischen Skandale unseres Landes endlich zu den Akten gelegt werden. Am Ende konnte dank des Einsatzes und der Aufräumarbeiten der sozialdemokratischen Verantwortungsträger die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz geordnet, der verkorkste Bau neu auf-, die Anbindung an die Musikhochschule und in den Stadtraum her- und am Ende ein gutes Museum im neuen und soliden Kosten- und Zeitplan fertiggestellt werden. Das **Deutsche Zeitungsmuseum in Wadgassen** wurde baulich ertüchtigt und kann nun inhaltlich zukunftsfähig gemacht werden. Die weiteren Stiftungseinrichtungen (**Alte Sammlung, Museum für Vor- und Frühgeschichte, Römische Villa**) werden weiter an Ausstrahlung gewinnen. Dazu dient auch die engere Kooperation mit dem **Historischen Museum Saar** am Schlossplatz, das mit der personellen Neuaufstellung vom Land auch finanziell gestärkt wurde.

Gerechter Zugang durch kulturelle Bildung. Erlebte Kultur von Kindesbeinen an ermöglicht es, kulturelle Angebote selbstbestimmt wahrzunehmen. Kulturelle Bildung darf nicht allein auf die Kernfächer Musik oder Kunst reduziert werden. Kulturelle Bildung muss in die zentralen schulischen Steuerungs- und Unterstützungsinstrumente der Schulentwicklung implementiert und Teil des fächerübergreifenden Schulprofils werden. Darüber hinaus müssen häufig fachfremd unterrichtende Lehrkräfte über entsprechende Fortbildungen an die Herausforderungen der ungewohnten Aufgaben herangeführt werden. Der Ganzttag bietet dabei viele Möglichkeiten, die Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern zu intensivieren.

Der Ausbau der kunst- und museumspädagogischen Angebote und die enormen Erfolge der Projekte „**Kreative Praxis**“ und „**Chanson in der Schule/Chanson à l'école**“ haben gezeigt: Es lohnt sich, immer wieder die Vielzahl der Kulturprojekte in den Bildungseinrichtungen auf den Prüfstand zu stellen, sie weiter zu justieren und gegebenenfalls auszubauen. Während die **Förderung der Lesekultur** schon an den saarländischen Grundschulen intensiv und erfolgreich betrieben wird, muss an unseren weiterführenden Schulen die theaterpädagogische Kompetenz ausgebaut werden. Mit dem **Theaterpädagogischen Zentrum** und seinen drei Säulen Kinder- und Jugendtheater Überzwerg, Saarländischem Staatstheater und Schule ist dafür die Basis geschaffen.

Breitenkultur stärken durch Vereinsförderung. Gerade auch durch Projekte und Maßnahmen der Breitenkultur können mehr Menschen am kulturellen Leben teilhaben. Insofern ist die **Breitenkultur**, wenn es um gerechten Zugang zu Kultur geht, auch eine **wichtige Säule**. Umso weniger darf sie gegen die Hochkultur abgewogen werden. Verbänden und Vereinen kommt hier eine wichtige Rolle zu. Sie müssen stärker gefördert werden. Breite lässt auch im Kulturbereich Spitze erst wachsen - und Spitzenkultur stärkt das Interesse in der Breite.

Kulturelles Erbe sichern. Industriekultur aus Tradition zur Zukunft. Das Saarland ist geprägt von seiner Bergbaugeschichte und -tradition. Unter Tage war immer allen klar: **Zusammenhalt sichert Leben**. Diese Erfahrung und Erkenntnis ist im kollektiven Bewusstsein der Menschen an der Saar verankert. Das wollen wir hegen und pflegen. Das zu erreichen ist auch Aufgabe der Bewahrung unseres industriekulturellen Erbes für die kommenden Generationen. Dabei geht es nicht nur um **Traditions-, Denkmal- und Brauchtumspflege**, sondern auch um das Schöpfen aus einer **Quelle**, mit **der Zukunft** gestaltet werden kann. Das **Weltkulturerbe Völklinger Hütte**, unser **Erlebnisbergwerk Velsen** und Zukunftsstandorte wie das **Neunkircher Hüttenareal, Göttelborn oder Reden** sind eindrucksvolle Orte unserer Geschichte, aber auch Ausgangspunkte zu neuen Ufern.

D. Zusammen halt stärker

Soziale Sicherheit ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die Gesellschaft von morgen müssen wir heute neu denken und solidarische Formen des Miteinanders finden, in der niemand verloren geht. Deshalb ist die Bekämpfung von Armut für uns nicht nur ein Kampf für materielle Sicherheit, sondern immer auch ein Kampf für Teilhabegerechtigkeit.

Trotz guter materieller Rahmenbedingungen leben derzeit rund 25.000 Kinder unter 18 Jahren im Saarland in Haushalten mit SGB II-Bezug, die Hälfte davon in Alleinerziehenden-Haushalten unterhalb der Armutsgrenze. Kinder, die unter Armutbedingungen aufwachsen, haben geringere Bildungschancen, eine schlechtere gesundheitliche Verfassung und schlechtere soziale Rahmenbedingungen. Was heute nicht zum Ausgleich von Benachteiligungen getan wird, muss morgen über die Sozialsysteme finanziert werden. Daher soll jedes Kind eine gute Bildung und Gesundheit sowie gleiche Chancen auf ein gutes Leben haben.

Wir wollen ein solidarisches Saarland, in dem es sich lohnt zu leben und zu arbeiten. Wir wollen ein solidarisches Saarland, in dem alle spüren und erfahren, dass sie dazugehören und gebraucht werden. Wir wollen ein solidarisches Saarland, in dem Menschen füreinander einstehen und in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Denn: **Zusammenhalt ist eine saarländische Tugend.**

1. Zusammen halt: für Kinder, Jugendliche und Familien

Aktionsplan gegen Armut. Armut kann nicht durch Aktionismus bekämpft werden. Das wäre ein Kampf gegen die Symptome. Es reicht aber auch nicht aus, die soziale Lage lediglich zu beschreiben, teilweise zu beschönigen und ansonsten das Sozialministerium nett zu verwalten.

Es ist höchste Zeit, gemeinsam mit den sozialen Verbänden und Akteuren einen wirkungsvollen „Aktionsplan gegen Armut im Saarland“ zu erarbeiten. Wir werden eine Projektübersicht auf Landes- und Kreisebene erstellen, um so Lücken zu identifizieren, mit neuen Maßnahmen wirksam zu füllen und Synergien zu nutzen.

Im Zentrum müssen dabei **gleiche Bildungschancen für alle, Gute Arbeit und bezahlbares Wohnen** stehen. Es geht um kinder- und familienfreundliche Strukturen, selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe aller hier lebenden Menschen, **gesunde Lebensbedingungen** und die solidarische **Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken Krankheit und Pflegebedürftigkeit.**

Armuts- und Reichtumsbericht – Der Kampf gegen Armut. Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung muss regelmäßig und dauerhaft erfolgen. Dabei darf sie sich nicht weiter auf die Beschreibung beschränken, sondern muss **konkrete Handlungsoptionen für besondere Lebenslagen** aufzeigen. Wir werden die bestehenden Maßnahmen evaluieren und den **Aktionsplan** gemeinsam mit Sozialverbänden, Kommunen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft **weiterentwickeln.**

Gute Bedingungen für Familien und Kinder. Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt davon ab, ob es uns gelingt, für alle Kinder, Jugendlichen und ihre Familien gute Bedingungen des Aufwachsens zu schaffen. Kinder und Jugendliche wachsen heute in vielfältigen Familienformen auf. Dabei ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar: **Familie ist, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.** Ob sich junge Menschen heute für eine Familiengründung mit Kindern entscheiden, hängt maßgeblich davon ab, ob sie über ein auskömmliches Einkommen und gute Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote verfügen.

Jugendhilfe und Bildung verzahnen. Bildungseinrichtungen brauchen die Kinder- und Jugendhilfe als kompetente Partnerin, die sich um die sozialen Bedingungen von Lernen und Kompetenzerwerb kümmert. Mit Angeboten der **frühen Hilfe**, der **Kindertagesbetreuung**, der **Jugend- und Schulsozialarbeit** und den **Hilfen zur Erziehung** ermöglicht sie allen jungen Menschen gute Teilhabechancen und unterstützt Familien.

Niedrigschwellige Angebote für Jugendliche vor Ort schaffen. Dezentrale Jugendzentren sind Anlauf- und Lebensmittelpunkt für viele Jugendliche. Hier finden sie Freiräume, in denen **selbstbestimmt Interessen organisiert** werden können, **Demokratie** niederschwellig **erfahrbar** und **Verantwortung übernommen** wird. Sie finden hier Unterstützung und Beratung – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Um die **Jugendzentren vor Ort zu sichern** und zu stärken, wollen wir sie direkt **in das bewährte Kinder- und Jugendförderungsgesetz aufnehmen**.

Junge Menschen demokratisch beteiligen. Bildung wird nicht nur in der Schule vermittelt, sondern auch in Vereinen und in den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Bildung in diesem umfassenden Verständnis von „Lebensbildung“ ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in einem demokratischen und solidarischen Gemeinwesen. Jugendliche müssen erfahren, dass sie **durch Partizipation und Teilhabe Einfluss nehmen** auf die Gestaltung dieser Gesellschaft. Diese Möglichkeiten wollen wir stärken und das **Wahlalter auf 16 Jahre senken**.

Keine Kinder- und Jugendhilfe nach Kassenlage. Ansprüche der Kinder- und Jugendhilfe sollen **bundesweit einheitlich** bleiben. Eine Regionalisierung hätte eine Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland zur Folge. Die Leistungsstandards von der Kindertagesbetreuung bis zu den Hilfen zur Erziehung dürfen nicht der Kassenlage der jeweiligen Länder unterworfen werden.

Kostenlose Kinderbetreuung von Anfang an. Die wichtigste familienpolitische Leistung für Familien ist eine **qualifizierte und beitragsfreie Kindertagesbetreuung**. Die Entscheidung für Kinder hängt von der Qualität und Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten ab dem ersten Lebensjahr ab. Der Besuch einer Kindertagesstätte trägt darüber hinaus zum Abbau sozialer Benachteiligungen bei. Die **Kindertagesstätte der Zukunft** sichert nicht nur qualifizierte Betreuungs- und Bildungsangebote für alle saarländischen Kinder.

Familien befinden sich im Wandel und sehen sich dabei einer komplexen und sich ständig ändernden Struktur von Leistungen, Pflichten, Angeboten und Ansprechpartner_innen gegenüber. Um Familien dabei zu unterstützen, werden wir ein Konzept zur **Einrichtung von Familienstützpunkten** erstellen als flächendeckendes, bedarfsgerechtes und koordiniertes Unterstützungsangebot und zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Familien. Darüber hinaus sollten Kindertagesstätten ein „**Familienhaus**“ im **Gemeinwesen** darstellen als Ort, an dem niedrigschwellige Beratungs- und Familienbildungsangebote systematisch vernetzt und damit für alle Familien leicht zugänglich werden.

Die Kooperation von Jugendhilfe und Schule neu gestalten. Damit Teilhabe gelingt, ist Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe eine Schlüsselaufgabe. Jetzt schon gibt es im Saarland sehr vielfältige Angebote der Kinder- und Jugendhilfe an Schulen. Wir wollen diese bedarfsgerecht optimieren und zusätzliche, **zwischen Bildungsträger und Jugendhilfeträger abgestimmte Angebote entwickeln**. Auf der Seite der Kinder- und Jugendhilfe müssen **neue Konzepte der schulbezogenen Angebote** in den Bereichen der Jugendarbeit, der Schul- und Jugendsozialarbeit ebenso geschaffen werden wie für Integrationshilfen oder die Hilfen zur Erziehung. Auf der Seite der Schulen bedarf es **neuer Kooperationsstrukturen, Schnittstellen und fairer Finanzierungskonzepte** zwischen Land und Trägern der öffentlichen Jugendhilfe. Dazu sind die **Kompetenzen** im Land zu **bündeln**, zwischen Kommunen und Land besser zu **koordinieren** und strukturell gefestigte Kooperationsmodelle in einem

Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung zu erarbeiten. Wir wollen, dass **das Saarland** hier eine bundesweite **Vorreiterrolle** einnimmt.

Teilhabechancen für Benachteiligte verbessern. Prävention vor Intervention. Immer mehr Familien brauchen Hilfe bei der Erziehung ihrer Kinder. Jedes sechste Kind im Saarland lebt an der Armutsgrenze. Trotz des individuellen Rechtsanspruchs auf eine Hilfe zur Erziehung und der Frühen Hilfen zeigt sich auch in diesem Handlungsfeld ein Entwicklungsbedarf, um durch regional angepasste, bedarfsgerechte Konzepte noch mehr benachteiligte Familien früher zu erreichen. Die **Niedrigschwelligkeit von Gemeinwesenarbeit, Kinderhäusern, Kindertageseinrichtungen und Schulen** bildet dabei einen guten Ausgangspunkt. Wir werden uns bei der geplanten SGB VIII-Reform für eine **Weiterentwicklung bedarfsgerechter niedrigschwelliger Hilfen und präventionsorientierter Maßnahmen** einsetzen. Bei der Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe muss der Bund die Länder und Kommunen entlasten.

Kein Kind ohne Mittagessen. Kinderarmut ist die Folge der Einkommensarmut der Eltern – wegen prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, fehlendem Unterhalt. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gegen Kinderarmut aufzustehen und für eine **neue soziale Gerechtigkeit** zu sorgen: Für jedes Kind müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass **jedes Kind in Kita oder Schule ein Mittagessen** bekommt - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Bezahlbares Wohnen: Gutes Wohnen gehört zur Grundversorgung. Menschen brauchen ausreichenden, guten und bezahlbaren Wohnraum. Besonders in den Städten ist die Nachfrage nach kostengünstigen Wohnungen größer als das Angebot. Zurzeit werden zu wenige Wohnungen im niedrigen Preissegment gebaut oder saniert, die ausreichend Platz für Familien bieten oder barrierefrei ausgestattet sind. Das wollen wir ändern. Mit dem **Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen** haben wir den **Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau** gesichert. Wir werden die Wirkungen des neuen **Förderprogramms überprüfen und optimieren**.

Die **ehrenamtliche Jugendverbandsarbeit** leistet einen enormen Beitrag für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Um diese ehrenamtliche Arbeit auch für die Zukunft zu sichern, werden wir die Zahl der hauptamtlichen **Jugendbildungsreferent_innen** erhöhen und die Arbeit des **Landesjugendrings Saar** als Interessenvertretung der saarländischen Jugendverbände mit zusätzlichen Mitteln unterstützen. Angebote und Projekte wie der **Landesjugendserver Saar** oder „**Ding dein Dorf**“ sollen verstetigt werden können. Unterschiedliche **Förderkriterien für die Jugendarbeit** in Landkreisen, dem Regionalverband und auf Landesebene werden wir zudem harmonisieren, um die Beantragung von Fördermitteln für die Jugendverbände zu vereinfachen. Wird die Beantragung einfacher, können diese mehr Maßnahmen umsetzen.

Bestehende Strukturen stärken. Kinder- und Jugendverbände leisten gerade in der Prävention eine wichtige Arbeit und bieten zahlreiche Angebote. Von sportlicher Betätigung bis hin zu politischer oder musischer Bildung – Kindern steht neben der Schule eine spannende Welt der Bildung offen. Wir wollen gemeinsam mit den Organisationen und Verbänden Lösungen auf den Weg bringen, um sie von dem stetig wachsenden Bürokratieaufwand zu entlasten. Dazu werden wir einen **Runden Tisch „Kinder- und Jugendarbeit“** einsetzen, der entsprechende Möglichkeiten erarbeiten soll.

2. Aktives Alter. Chancen der demografischen Entwicklung nutzen

Wir leben heute länger und sind länger gesund. Und das ist gut so! Im Jahr 2014 waren im Saarland bereits über 22 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt. Der demografische und soziale Wandel stellt uns dabei vor viele Herausforderungen – und bietet gleichzeitig viele Chancen auf ein **Gutes Leben bis ins hohe Alter**. Die älteren Menschen von heute sind so aktiv wie in keiner Generation zuvor.

Nach dem Erwerbsleben beginnt ein neuer dritter Lebensabschnitt, den die meisten bei guter Gesundheit und in guter Lebensqualität erleben. Sie unterstützen ihre Kinder und Enkelkinder, engagieren sich in Vereinen und Initiativen, gehen ihren Hobbys nach und bilden sich weiter.

Wir wollen die soziale, kulturelle und politische **Teilhabe der älteren Generation bis ins hohe Alter ermöglichen**. Die soziale Infrastruktur in den Städten und Gemeinden muss deshalb schon jetzt so ausgerichtet werden, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Lebensumfeld bleiben können. Dies muss auch für diejenigen gelten, die in ihren Teilhabemöglichkeiten aus den verschiedensten Gründen eingeschränkt sind. Dazu gehören die bessere Vernetzung bestehender Angebote, Unterstützungsangebote für die Alltagsbewältigung, bezahlbare haushaltsnahe Dienstleistungen, eine wohnortnahe ärztliche und pflegerische Versorgung, die Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements, alters- und altersgerechtes bezahlbares Wohnen im Rahmen einer konsequenten sozialräumlichen Planung. Mit der **Gemeinwesenarbeit**, die es bereits auf der kommunalen Ebenen gibt, dem hohen Grad an **ehrenamtlichem Engagement**, einer **guten sozialen Infrastruktur** sowie **Initiativen wie dem AAL-Netzwerk** haben wir bereits gute Voraussetzungen, das Saarland zu einer Modellregion weiterzuentwickeln. Dazu wollen wir unter Beteiligung der Senior_innenorganisationen, der Wohlfahrtsverbände, der Behinderten- und Selbsthilfeorganisationen, der Städte und Gemeinden, der Wohnungsbaugesellschaften sowie der Sozialversicherungsträger und der Gesundheitswirtschaft einen **Masterplan „Aktives Alter und Gesellschaftliche Teilhabe“** entwickeln.

Wir unterstützen die Forderungen der Sachverständigenkommission des siebten Altenberichtes zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im demografischen Wandel und schließen uns der Forderung nach einer **Gemeinschaftsaufgabe Demografie** an, an der sich auch der Bund finanziell beteiligt. Die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe älterer Menschen darf nicht von der Finanzkraft der Kommunen abhängen.

3. Vereine und Ehrenamt halten unser Land zusammen

Gesellschaftliche Anerkennung und die richtige Infrastruktur für ein starkes Ehrenamt. Das Ehrenamt und die damit verbundene Vereinsarbeit bilden das Rückgrat unseres Landes, in unseren Städten und Dörfern. Die SPD Saar wird sich dafür einsetzen, das Ehrenamt attraktiver zu gestalten, mehr Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen und die bereits freiwillig aktiven Saarländerinnen und Saarländer weiter zu unterstützen. Wir sind davon überzeugt: Unsere Vereine, Verbände und ehrenamtlichen Organisationen leisten viel mehr als Kultur, Sport oder Geselligkeit: Sie sind der Kitt für das Zusammenleben in einer solidarischen Gesellschaft.

Im Öffentlichen Dienst gehen wir beispielhaft voran und werden **bei Stellenausschreibungen zukünftig ehrenamtliches Engagement positiv berücksichtigen**. Wir starten einen Dialog mit der Wirtschaft im Land, um auch dort das Verständnis und die Rahmenbedingungen für Ehrenamt zu verbessern. Wir sichern Vielfalt im Engagement: Bei Steuerfreibeträgen soll nicht mehr zwischen verschiedenen ehrenamtlichen Tätigkeiten unterschieden werden. Die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf Sozialleistungen muss abgeschafft werden. Außerdem setzen wir uns für einen Rentenbonus für jahrelanges Engagement ein.

Wir werden die **Ehrenamtskarte** im Saarland **flächendeckend** einführen und auch ehrenamtlich Aktiven z.B. bei Feuerwehren und Hilfsdiensten zugänglich machen, die eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten.

Sport ist für viele Saarländerinnen und Saarländer ein wichtiger Teil ihres alltäglichen Lebens. Mit 374.000 Mitgliedern in rund 2.150 Vereinen leisten die Sportvereine einen besonderen Beitrag zum Zusammenhalt in unserem Land. Das wollen wir erhalten.

Kinder- und Jugendsport fördern. Der Kinder- und Jugendsport legt den Grundstein für ein gesundes, soziales Leben. Das Angebot soll durch intensivere Kooperationen zwischen Schule und Vereinen gestärkt werden. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auch mit Kindergärten wollen wir ausweiten. Die Bedeutung des Schulsports wird durch den Ausbau des Ganztagsunterrichtes weiter zunehmen.

Senior_innensport stärken. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird ein Angebot im Senior_innen- und Rehasport immer wichtiger. Unter Beteiligung des Landessportverbands Saar (LSVS) und den Senior_innenbeiräten wollen wir ein „**Rahmenprogramm Senior_innensport**“ schaffen. Die Bemühungen der Vereine im Bereich des Senior_innen- und Rehasports wollen wir durch eine Auszeichnung „**Sportverein für aktive 60+**“ unterstützen.

Breitensport – mehr als eine Freizeitbeschäftigung. Vereine brauchen einen verlässlichen Partner in der Landespolitik, der die Grundlage für gute Vereinsarbeit schafft. Sportstättenfinanzierung ist dabei auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Sie darf sich nicht nur an rechnerischen Vorhersagen über ihre zukünftige Nutzung orientieren, sondern auch an sozialpolitischen Aspekten. Ein Sportplatz kann wichtiger Kristallisationspunkt dörflichen Gemeinschaftslebens sein, ohne dass dort täglich 22 Mann Fußball spielen. Um den Ligabetrieb in den verschiedenen Sportarten zu sichern, wollen wir eine Initiative zur **Ausbildung von Schiedsrichter_innen** im Saarland starten.

Finanzierung nachhaltig sichern. Die Finanzierung des Saarsports über das Sportachtel aus den Umsätzen von Saartoto soll in Kooperation mit dem LSVS und seinen Mitgliedsverbänden fortgeführt werden. Angesichts des demografischen Wandels und der zurückgehenden Zahl ehrenamtlich Tätiger müssen Förderstrukturen auf den Prüfstand, um mit neuen Schwerpunkten gezielte Förderung sicherzustellen.

Dabei ist eine konsequent **ordnungsrechtliche Ausgestaltung der Glücksspielregulierung** erforderlich. Eine weitere Liberalisierung des Marktes ist abzulehnen. Glücksspielpolitik muss gemeinwohlorientiert sein. Wir halten daher an der Umsetzung des bisherigen Spielhallengesetzes fest und werden das Verbot von Mehrfachkonzessionen nicht aufweichen. Gleichzeitig werden wir **für Wettbüros ähnlich strenge Regelungen** wie für die Spielhallen schaffen.

4. Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Inklusion im Alltag - Selbstbestimmte und gleiche Teilhabe für alle. Menschen mit Behinderung müssen die gleichen Chancen und Teilhaberechte haben, die alle Menschen ganz selbstverständlich in Anspruch nehmen. Wir wollen nicht, dass das im Grundgesetz garantierte Benachteiligungsverbot für Menschen mit Behinderung nur auf dem Papier existiert. Daher muss die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention die Basis für selbstbestimmte und gleiche Teilhabe in unserer Gesellschaft sein. Um dies zu gewährleisten, werden wir eine **unabhängige Monitoring-Stelle im Saarland** einrichten, die die Einhaltung der Rechte von Menschen mit Behinderung fördert und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Saarland überwacht.

Gleichstellungsgesetz novellieren. Wir verstehen das Diskriminierungsverbot als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehören vor allem: Inklusion im Bildungsbereich, Barrierefreiheit im Wohnungsbau, barrierefreie Mobilität und Zugang zu öffentlichen Gebäuden sowie inklusives Arbeiten. Um diese Ziele umzusetzen, werden wir eine **Novellierung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes gemeinsam mit Betroffenen** auf den Weg bringen.

Um echte Teilhabe zu schaffen, müssen wir diejenigen beteiligen, um deren Bedürfnisse es auch tatsächlich geht. Wir wollen daher das Amt der/des **Landesbehindertenbeauftragten wieder als Hauptamt** einrichten und als **unabhängige Stabsstelle an den Landtag angliedern**. Eine effektive Vertretung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung auf Landesebene ist in Form eines Ehrenamts kaum leistbar.

Auch Menschen mit einer seelischen Behinderung haben einen besonderen Unterstützungsbedarf, um ihre Teilhabechancen sicherzustellen. Wir werden einen Fokus auf den besonderen Teilhabebedarf dieser Menschen legen und auf Landesebene eine_n durch einen Beirat unterstützten **Psychiatriebeauftragte_n** berufen.

In den Kommunen wollen wir die Rechte der Menschen mit Behinderung stärken und ihre Erfahrung durch **starke Behindertenvertretungen** in die Arbeit der kommunalen Räte einbeziehen. Wir werden daher die **Rechte der kommunalen Behindertenbeauftragten stärken**.

5. Gesundheit und Gute Pflege

Gleiche Chancen auf ein gesundes Leben und die solidarische Absicherung des allgemeinen Lebensrisikos Krankheit sind wesentliche Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Freiheit. Gesundheit und Pflege kommt eine wachsende Bedeutung für die Qualität des Zusammenlebens in einer älter werdenden Gesellschaft zu. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen und ihrem Versicherungsstatus die medizinische Versorgung erhalten, die sie benötigen, und vom medizinischen Fortschritt profitieren.

Prävention geht vor. Am gesündesten ist es, gesund zu bleiben. Die Angebote zur Vorsorge müssen ausgebaut werden - in Schulen und Betrieben, in Kommunen und auf Landesebene. Eine sinnvolle Koordinierung und Vernetzung hilft dabei, Doppelstrukturen zu vermeiden.

Das Saarland muss ein Land mit hervorragender Gesundheitsversorgung bleiben. Die SPD Saar wird daher die flächendeckende, wohnortnahe Versorgung aller Menschen gerade auch in strukturschwachen Regionen sicherstellen. Bei der Weiterentwicklung der **Krankenhauslandschaft** im Saarland stehen **Versorgungs- und Behandlungsqualität, Patientensicherheit sowie die Krankenhaushygiene** im Mittelpunkt. Die bestehenden Krankenhäuser sollen ihre Stärken als regionale Gesundheitszentren mit der Grund- bzw. Notfallversorgung mit zusätzlichen fachlichen Schwerpunkten nutzen. Ziel ist es dabei, weg von der ungesunden Konkurrenz der Krankenhäuser auf engem Raum auch durch neue Angebote hin zu **mehr trägerübergreifender Zusammenarbeit** zu kommen – bei gleichzeitigem Erhalt der Trägervielfalt. Damit sichern wir eine bürgernahe und nachhaltige Gestaltung der **Gesundheitsversorgung für alle** – unabhängig von Wohnort und Einkommen.

Gemeindenahe medizinische und pflegerische Versorgung. In Zukunft wird es immer mehr Menschen geben, die auf individuelle Pflege angewiesen sind. Um gute Pflege gerade in stationären Pflegeeinrichtungen zu sichern, werden wir uns gezielt dafür einsetzen, den hohen Druck und die Personalnot in den Pflegeeinrichtungen zu verbessern. Dazu denken wir eine Neugestaltung der Finanzierung der Pflegeversicherung mit. Für uns sind stationäre und ambulante Pflege gleichwertige Bausteine einer bestmöglichen und flexiblen Versorgung, aber auch der Unterstützung von Angehörigen. Die Pflegestützpunkte werden wir daher als Kompetenzzentren für die ambulante Versorgung weiter ausbauen - mit Wohnberatung, Beratung für technische Assistenzsysteme, Gesundheits- und Präventionsberatung. Durch den Ausbau der Kooperationen mit sozial- und therapeutischen Diensten sowie der Vernetzung der Leistungsanbieter mit Ehrenamtsbörsen und verschiedenen Versorgungsstrukturen werden wir Doppelstrukturen vermeiden.

Sichere allgemein- und fachärztliche Versorgung in Stadt und Land. Hausärztinnen und Hausärzte übernehmen gerade in ländlich geprägten Regionen auch eine **wichtige soziale Funktion**. Doch schon heute gibt es gerade hier Schwierigkeiten bei der Wiederbesetzung von allgemeinärztlichen Praxen, es droht eine Unterversorgung: Jede_r Fünfte der Hausärzt_innen im Saarland ist heute zwischen 60 und 65 Jahre alt. Wir setzen uns dafür ein, den haus- und landärztlichen Beruf wieder attraktiver zu gestalten, indem wir weiterhin die **Ausbildung am Zentrum für Allgemeinmedizin** des Universitätsklinikums des Saarlandes stärken. Um Arbeitsbelastungen zu reduzieren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wollen wir gemeinsam mit der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung die Unterstützung von Hausärzt_innen im ländlichen Raum verbessern: durch die Ausweitung des Systems der Versorgungsassistent_innen in Kooperation mit den weiter auszubauenden Pflegestützpunkten oder durch die modellhafte Förderung der Nutzung der Telemedizin. Parallel dazu prüfen wir die Möglichkeit, mit einem gezielten **Nachfolgeprogramm** junge Ärztinnen und Ärzte dabei zu unterstützen, bestehende Praxen zu übernehmen oder Zweigpraxen in dünner besiedelten Regionen einzurichten, die gut erreichbar und möglichst barrierefrei zugänglich sind.

Gemeinschaft schafft Gesundheit. Unsere Gesellschaft wandelt sich. Gerade ältere Menschen vereinsamen aufgrund fehlender Mobilität und seltenen sozialen Kontakten – in Städten ebenso wie im ländlichen Raum. Die Folgen sind weiterer Rückzug, ungesunde Ernährung oder sogar psychische Erkrankungen. Gegen diesen gesellschaftlichen Trend wollen wir **Fahrdienste**, regelmäßige **gemeinsame Essen und Veranstaltungen** oder die **Vernetzung der Vereinsangebote** vor Ort organisieren.

Gute Ausbildung & Gute Arbeit in den Gesundheitsfachberufen. Wir wollen die Attraktivität der Gesundheitsfachberufe steigern, indem wir die Ausbildung und die Arbeitssituation verbessern. Das gelingt vor allem mit **mehr Zeit** für die Patient_innen und Bewohner_innen und besseren Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Im Mittelpunkt der Arbeit darf nicht die Dokumentation des Gesundheitszustandes stehen, sondern das tatsächliche Wohlbefinden und Wohlergehen der Menschen. Dadurch steigen sowohl die **Qualität von Versorgung und Betreuung** wie auch die **Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten**. Dazu braucht es einen mutigen Weg, weg von gesellschaftlich eingeübtem Misstrauen und Kontrolle hin zu mehr Vertrauen in die Beschäftigten.

Gute Qualität im Gesundheitswesen kann es nur mit gut qualifiziertem Personal in ausreichender Menge geben. Dazu gehört auch eine teilweise **Akademisierung der Gesundheitsfachberufe**. Eine gute Versorgung der Patient_innen und Entlastung für die Beschäftigten ist durch einen gesetzlichen Rahmen zur Qualitätssicherung, insbesondere die Vorgabe bedarfsgerechter Personalzahlen zu erreichen. Daher werden wir zur Neubewertung des Pflegepersonalbedarfs in unseren Krankenhäusern eine **Bundesratsinitiative** starten, um **bessere Personalstandards** gesetzlich abzusichern. Verbindliche Vorgaben zur personellen Ausstattung und eine entsprechende zweckgebundene Finanzierung müssen eine gute und sichere Krankenhausversorgung für Patient_innen und Personal gewährleisten. Wir wollen auch dafür sorgen, dass die **Praxisanleitung** für die Auszubildenden in den Kliniken nachhaltig gestärkt und die Auszubildenden nicht mehr auf den Stellenschlüssel in den Kliniken angerechnet werden. Weiter streben wir eine Modernisierung der veralteten Ausbildungsgesetze in den Gesundheitsfachberufen über den Bundesrat mit dem Ziel an, eine **kostenfreie Ausbildung für die Auszubildenden in allen Pflege- und Therapie- und medizinisch-technischen Berufen** sicherzustellen. Ebenso ist für alle der Anspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung zu regeln, wie es bei den Pflegeberufen bereits selbstverständlich ist. Dabei bietet sich an, für alle Gesundheitsfachberufe zumindest einen bundeseinheitlichen Rahmen zu schaffen, der Strukturen und Rahmenbedingungen der Umbildung einheitlich regelt.

Gemeinsam bleiben wir gesund. Eine gute und solidarische Absicherung im Krankheitsfall für alle - oder noch besser, das Verhindern seines Eintretens – erreichen wir nur dann, wenn sich alle gemeinsam an der Versicherung beteiligen und einen Nutzen aus ihr ziehen – unabhängig von Alter, Einkommen oder sozialem Status. Gesundheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit eine Frage der Solidarität. Das ist die Idee einer **solidarischen** Sozialversicherung. Auf dem Weg zur **Bürger_innenversicherung** soll in einem ersten Schritt die **echte paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung** wiederhergestellt werden.

6. Im Mittelpunkt der Mensch: Für einen starken Verbraucherschutz im Saarland.

Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen unabhängige Informationen, Bildung und Beratung sowie handlungsfähige Behörden, um eigenständig Entscheidungen treffen zu können. Die Beratungsleistungen der **Verbraucherzentrale** haben sich bewährt. Daher werden wir diese auch in Zukunft finanziell fördern. Um ihre Arbeit **dauerhaft abzusichern**, werden wir die Erarbeitung eines **Verbraucherschutzgesetzes** prüfen. Wir wollen zudem das hohe Niveau und die Leistungsfähigkeit unserer **Lebensmittelüberwachung** weiter **stärken**.

Wir wollen die Menschen **vor ungewollten Vertragsabschlüssen** besonders im Bereich der Telekommunikation **schützen**. Mit der Einführung einer voreingestellten **Drittanbietersperre** würden Handynutzende vor meist anonymen Drittanbietern unmittelbar geschützt.

Wir wollen den **kollektiven Rechtsschutz** entschieden **stärken**. Durch **Musterklageverfahren** soll es möglich sein, in allen Verbraucherfragen vor Gericht ein Grundurteil zu erstreiten, dem sich alle Betroffenen unkompliziert anschließen können.

Die Herausforderungen der **Digitalisierung** nehmen wir an. Technischer Fortschritt soll eine echte Entlastung für die Menschen sein. Bis 2018 werden wir die europäischen Datenschutzprinzipien **Auskunftspflicht, Zweckbindung und Datensparsamkeit** ohne Abstriche in deutsches Recht umsetzen. Nach dem **Grundsatz „Meine Daten gehören mir“** werden wir sicherstellen, dass nur Daten erhoben und verwertet werden, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher einwilligen. Das gilt vor allem für heikle Bereiche wie Gesundheitsdaten. Ob im Internet oder im echten Leben: **Diskriminierungen** aufgrund des Geschlechts, der Herkunft oder des eigenen Online-Profiles müssen **verboten** werden. Dem sogenannten Gender-Pricing sagen wir den Kampf an und verteidigen bei Versicherungstarifen kompromisslos das Solidaritätsprinzip.

Das **Schulobst- und Gemüseprogramm** werden wir **fortführen** und durch gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote die Wertschätzung für Lebensmittel fördern und die Lebensmittelverschwendung reduzieren.

Während der Umstrukturierung der Chemieplattform **Carling** haben wir dafür gesorgt, dass saarländische kommunale Belange und Verbändeinteressen gehört werden. Über Landesgrenzen hinweg werden wir auch zukünftig den fachlichen Austausch intensivieren, damit die Menschen im Grenzland sicher und gesund leben können. Umfangreiche und **transparente Messsysteme** sollen auch zukünftig zur Aufklärung beitragen.

7. Wir bleiben dabei: Herzlich willkommen in Vielfalt!

Neue Chancen für neue Mitbürger_innen. Wir wollen unsere neuen Mitbürger_innen von Anfang an teilhaben lassen. Wir werden die Weichen stellen, dass Teilhabe in der Politik einfacher und besser möglich wird. Für eine moderne Integrationspolitik, deren Maßgabe ein **gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt** ist, ist die Mitarbeit der Integrationsbeiräte unverzichtbar.

Deshalb wollen wir die Integrationsbeiräte stärken, indem wir beispielsweise auch Eingebürgerten die Mitwirkung ermöglichen.

Damit Integration besser gelingt, müssen wir alle dauerhaft hier lebenden Menschen in die Lage versetzen, an unserer Gesellschaft teilhaben zu können. Viele Geflüchtete haben unvorstellbar grausame Erfahrungen gemacht. Ihnen muss daher, soweit notwendig, bei der Bewältigung dieser Erlebnisse und zur dauerhaften psychischen Stabilisierung professionell Hilfe geleistet werden. Da in den nächsten Jahren mit steigendem Bedarf zu rechnen ist, muss bereits jetzt ein **Landesversorgungskonzept** aufgesetzt werden, welches unter anderem den niedrigschwelligen Zugang zur Behandlung, die Generierung von qualifiziertem medizinischem Fachpersonal und Dolmetscher_innen, die Koordination aller beteiligten Strukturen und Finanzierungsfragen in den Blick nimmt. Insbesondere die **Hilfen für minderjährige Geflüchtete** wollen wir beibehalten. Als besonders verwundbare Gruppe muss ihnen von Anfang an psychologische Betreuung zustehen.

Die saarländische Härtefallkommission leistet wichtige und sehr gute Arbeit. Doch für sogenannte Dublin-Fälle gibt es derzeit keine Institution, die sich mit dem Schicksal der Mensch befasst. Für diese Fälle wollen wir über eine Bundesratsinitiative die **Einrichtung einer Härtefallkommission angedockt an den Bundestag** anstoßen.

E. Starkes Europa - starker Staat - starke Kommunen

1. Weltoffenes Saarland in der Großregion: Europa leben

Das Saarland steht für ein gerechtes und solidarisches Europa. Wir wollen nicht in einem Europa leben, in dem Schlagbäume runtergelassen und Stacheldraht gegen die Menschenwürde ausgerollt werden. Die enge Vernetzung mit unseren Nachbarn in der Großregion gehört zu unserer saarländischen Identität. Hier leben wir Europa in sozialer Verantwortung für globale Entwicklung.

Doch wir müssen wieder alle für die Idee eines vereinten Europas zurückgewinnen. Dazu reicht es nicht aus, immer nur in Worthülsen von der Frankreich-Strategie zu fabulieren. Es muss auch zu spürbaren Verbesserungen für die Menschen kommen. In der Zusammenarbeit nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Luxemburg und den anderen Partnern in der Großregion geschieht bei Bildung und Kultur, im regionalen Arbeitsmarkt und im Umweltbereich bereits Vorbildliches. Allerdings ist auch klar: Ohne zusätzliche Finanzmittel sind Mehrsprachigkeit und Zusammenwachsen nicht zu erreichen.

Gerade bei uns profitieren die Bürgerinnen und Bürger vom Austausch über nationale Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir mehr Europa, ein Europa, das Globalisierung ökologisch und ökonomisch gerecht gestaltet, Armut weltweit und bei uns bekämpft und so Frieden sichert.

Faires Bundesland. Wir haben wie versprochen die Zersplitterung der Zuständigkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit des Landes beendet, in einem breit angelegten Dialog entwicklungspolitische Leitlinien erarbeitet und die Förderung der Nichtregierungsorganisationen auf eine solide und verbesserte Grundlage gestellt. Wir haben mit fairer und nachhaltiger Beschaffung begonnen, globales Lernen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung bundesweit vorbildlich vorangebracht. Nirgendwo gibt es so viele faire Schulklassen, unsere Universität ist faire Hochschule und Saarbrücken Hauptstadt des fairen Handels. Diesen Weg wollen wir weitergehen, weil wir wissen: die Schaffung einer gerechten Weltordnung ist Voraussetzung für den Frieden auch bei uns. Das Saarland soll erstes faires Bundesland werden. Gerade weil wir selbst wissen, was es bedeutet, auf Solidarität angewiesen zu sein, wollen wir die öffentliche Beschaffung nach und nach auf faire und regionale Produkte umstellen und global verantwortliche Bildungsarbeit voranbringen.

Grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Arbeitsmarktpolitik und Politik für Gute Arbeit dürfen nicht an Grenzen Halt machen. Mindestlohn, Tariftreue, Eindämmung von Werkverträgen und Leiharbeit sowie die Stärkung sozialer Komponenten müssen für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gelten.

Nachhaltige Energiepolitik gemeinsam gestalten. Für eine zukunftssträchtige Energiepolitik müssen wir gemeinsam nachhaltige Konzepte für die Großregion erarbeiten. Nur so können wir den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ausstieg aus der Atomenergie – insbesondere des Atomkraftwerks Cattenom – realisieren.

Bildungspolitik mit Blick über die Grenze. Die grenzüberschreitende Aus- und Weiterbildung, die Universität der Großregion, Schulpartnerschaften und der Lehrkräfte-Austausch müssen ausgebaut werden. Vom Kindergarten bis ins hohe Alter wollen wir Mehrsprachigkeit fördern und den Menschen im Saarland Französisch, aber auch Englisch näher bringen. Dazu wollen wir Lernangebote vergrößern, an unterschiedliche Lebenslagen anpassen und für den Alltag nutzen. Der direkte Kontakt mit Muttersprachler_innen steht dabei im Mittelpunkt.

Verwaltungen stärker verzahnen. In der Großregion leben wir zusammen und doch haben wir immer noch nicht für alle Lebensbereiche auch gemeinsame Lösungen. Insbesondere im polizeilichen Bereich ist dies von augenscheinlicher Wichtigkeit. Kriminalität gibt es nicht durch offene Grenzen, sondern durch mangelhafte Strafverfolgung über Grenzen hinweg. Die Nutzung und Organisation gemeinsamer Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge, der Bildung und der Verwaltung kann enorme Effizienzsteigerungen bringen.

2. Starke Kommunen für ein starkes Saarland

Städte, Gemeinden und Landkreise sind für die Saarländerinnen und Saarländer mehr als Orte zum Wohnen und Übernachten. Vielmehr sind sie für die Menschen identitätsstiftend und bieten in der zunehmend globalisierten Welt das Gefühl von Zugehörigkeit und Sicherheit. In den Kommunen arbeiten die Menschen, leben mit ihren Familien, Freund_innen und Nachbar_innen, engagieren sich in Vereinen und Organisationen und erleben ihre Lebenswirklichkeit - bei der Suche nach einem Kitaplatz, in Schule, Kultur und Sport, im sozialen Rückhalt, der Attraktivität ihrer Innenstadt und ihres Ortsteils und der Gewährleistung von Mobilität und Teilhabe im Alter. Vor Ort erfahren und ermessen Menschen ihre Lebensqualität und planen ihre Zukunft.

Dieses Heimatgefühl als Ausdruck von Zugehörigkeit und Verbundenheit ist auch der Antrieb für das bundesweit einmalige ehrenamtliche Engagement, den Zusammenhalt und das enorme Maß gesellschaftlicher Verantwortung, die uns im Saarland so auszeichnen.

Wir wollen, dass die Kommunen auch in Zukunft starke Identitätspunkte für die Menschen in unserer globalen Welt sein können. Dieses Stück Heimat wollen wir bewahren, die Kommunen aber auch mit Blick auf finanzielle und strukturelle Herausforderungen weiterentwickeln und sie insgesamt stärken. Unser Ziel sind lebendige, leistungsfähige und lebenswerte Städte, Gemeinden und Landkreise. Denn in der von den Menschen dort erfahrenen Lebensqualität spiegelt sich die Attraktivität der gesamten Region, unseres Saarlandes, wieder. Wir wollen starke Kommunen für ein starkes Saarland.

Starke Kommunen. Gute Bildung. Unsere Kinder haben das gleiche Recht auf optimale Bildungschancen wie die Kinder in anderen Bundesländern. Wenn aber Investitionen in die Schaffung oder Ausstattung von Bildungseinrichtungen unterbleiben müssen, weil aufgrund der Schuldenbremse Investitionsspielräume verschlossen sind, wird die Zukunft der jungen Generation und damit der Kommunen und des Landes gefährdet, also genau das, was die Schuldenbremse erhalten soll.

Starke Kommunen garantieren Sicherheit und Daseinsvorsorge für die Bürger. Neben einem attraktiven Orts- und Stadtbild gehören aber auch Sicherheit und Sauberkeit zu den Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, an denen sie ihre Lebensqualität festmachen. Deshalb ist das Sicherheitsgefühl der Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld, auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Einrichtungen zu stärken. Dies kann in erster Linie durch Polizeipräsenz vor Ort sichergestellt werden. Ungeachtet von Sicherheitsgefühlen legen die Menschen aber auch zu Recht großen Wert auf Ordnung und Sauberkeit und wollen sich in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung wohl fühlen und frei von Belästigungen bewegen können, ohne Vandalismus, aggressives Betteln, Ruhestörungen, rücksichtsloses Parken und Schmierereien. Dem kann nur durch einen gut funktionierenden kommunalen Ordnungsdienst Rechnung getragen werden. Wir wollen, dass die Menschen sich bei uns wohl und sicher fühlen dürfen.

Starke Kommunen stehen zu starken Zentren. Unsere Zentren leisten als Wirtschaftsstandorte einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Saarlandes. Die hohe Zahl von Unternehmen und Gewerbebetrieben sowie die hohe Arbeitsplatzzentralität sind wesentliche Stellschrauben, um der landesweit negativen demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. Dabei steht unsere

Landeshauptstadt Saarbrücken nicht in Konkurrenz zu anderen saarländischen Kommunen, sondern behauptet sich erfolgreich gegenüber anderen Ballungsräumen außerhalb des Saarlandes. Es gilt, diese besondere Attraktivität der Region und die herausgehobene wirtschaftliche und kulturelle Positionierung zu stärken und auszubauen. Wir wollen den Großraum Saarbrücken optimal aufstellen und organisieren. In einem offenen und transparenten Prozess wollen wir den Aufbau einer flexiblen, modernen und den Bedürfnissen der Region Saarbrücken angepassten Verwaltung, die Gewährleistung bürgerschaftlicher Teilhabe an kommunalen Entscheidungen und die kommunale Weiterentwicklung umsetzen.

Starke Kommunen. Effiziente Verwaltung. Eine Funktionalreform hebt Synergien und schafft Freiräume. Um Kosten zu sparen und Doppelstrukturen zu vermeiden, aber auch den immer komplexeren rechtlichen wie tatsächlichen Herausforderungen an Kommunalverwaltungen und den gestiegenen (Dienst-)Leistungsansprüchen der Bürgerinnen und Bürger besser Rechnung zu tragen, werden wir auf deutlich effizientere Strukturen hinwirken. Nicht jede Kommune muss das gesamte Aufgabenspektrum abbilden. In einer modernen Welt spezialisieren sich einzelne Verwaltungen auf bestimmte Aufgabenbereiche. So kann jede Kommune eigene Stärken zum Nutzen aller einsetzen. Insbesondere in den Bereichen Back-Office, Controlling und Vollstreckung, IT, Digitalisierung, Immobilienmanagement, Bauverwaltung und Einkauf können Verwaltungen so leistungsfähiger und effizienter werden.

Starke Kommunen brauchen starke Infrastruktur. Damit die knappen Mittel zielgerichtet und an einer klaren Konzeption ausgerichtet in die Kommunen und Regionen fließen, werden wir das Entwicklungspotenzial der einzelnen Regionen im Saarland analysieren. Dazu soll ein Landesentwicklungsplan Kommunale Infrastruktur die wichtigen Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Kultur und Sport, Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Umweltschutz, Energie und Verkehr vereinen, um die vorhandenen Stärken gezielt zu fördern. Die verschiedenen Regionen können sich so ein Profil erarbeiten und untereinander ergänzen. So kann jede Region ihre Stärken entwickeln und einbringen. Es geht uns um Gerechtigkeit bei den Entwicklungschancen und eine klare Prioritätensetzung für jede Region. Der Landesentwicklungsplan soll auch Möglichkeiten aufzeigen, wie der LKW-Mautverkehr aus den Wohnbereichen herausgehalten und das Abkürzen unattraktiv gemacht werden kann. Die Folgen und Notwendigkeiten, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, können durch eine zukunftsfeste Infrastrukturplanung frühzeitig angegangen werden. Wir werden künftig Förderzuschüsse von einer konkreten entwicklungspolitischen Zielsetzung der zu unterstützenden Städte, Gemeinden und Kreise abhängig machen - transparent und nachvollziehbar.

Starke Kommunen brauchen eine angemessene Finanzausstattung. Das Konnexitätsprinzip – also wer bestellt, bezahlt – haben wir bereits in unserer saarländischen Verfassung verankern können. Doch die Umsetzung und die angemessene Finanzausstattung unserer Kommunen bleibt eine wichtige Aufgabe. Entlastungen von Bundesseite werden in Zukunft ungeschmälert bei den Kommunen ankommen, damit insbesondere die Soziallasten nicht zu einer weiteren Verschärfung der Situation vor Ort führen.

Die gewonnenen Spielräume durch die ab dem Jahr 2020 fließenden zusätzlichen Finanzhilfen des Bundes werden wir auch dazu nutzen, wieder größere Handlungsmöglichkeiten für die saarländischen Städte, Gemeinden und Landkreise zu eröffnen und damit wieder stärkere Investitionen in ein attraktives Wohnumfeld und die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu ermöglichen. Langfristiges Ziel muss es sein, schrittweise die Investitionskraft einer bundesdeutschen Durchschnittskommune zu erreichen.

Wir werden in Zukunft finanzielle Unterstützungsmaßnahmen des Landes an die Kommunen fair und transparent erfolgen lassen. Dies gilt insbesondere für die Bedarfszuweisungen.

Die Menschen in unserem Land sollen sich in ihrer Stadt und ihrem Ort wohl fühlen, dazu bedarf es eines ansprechenden Umfeldes. Wir werden deshalb künftig dafür Sorge tragen, dass das Land seinen Anteil an Maßnahmen der Städtebauförderung erbringt und besonders notleidenden Kommunen bei der Erbringung ihres Anteils unter die Arme greift. Bauliche und infrastrukturelle Innovationen und Verbesserungen müssen überall wieder möglich sein.

3. Objektive Sicherheit verbessern. Subjektive Sicherheit stärken.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Saar wollen die objektive Sicherheitslage in unserem Land stärken. Dabei haben wir aber auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Saarländerinnen und Saarländer im Blick. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, vom Staat vor Gewalt und Verbrechen geschützt zu werden. Das geht nur mit ausreichend Personal und einer vernünftigen Ausrüstung. Für beides müssen wir Sorge tragen.

Stopp des Personalabbaus bei der Polizei. Ein enormer Aufgabenzuwachs bei der Polizei muss uns klar machen: mehr Sicherheit und gleichzeitig Personalabbau – das passt nicht zusammen. Deshalb werden wir umgehend den Personalabbau bei der Polizei stoppen. Das geht nur, wenn mindestens so viele Anwärter_innen in die Organisation kommen, wie Beamt_innen in den Ruhestand versetzt werden. Dafür werden wir sorgen. Die Herausforderungen der Zeit brauchen eine gut ausgebildete Polizei. Die Wiedereinführung des mittleren Dienstes lehnen wir genauso ab wie einen schleichenden Austausch von Vollzugsbeamt_innen durch den polizeilichen Ordnungsdienst (POD).

Erhöhung der Präsenz der Polizei in der Fläche. Die Polizei muss in den Dörfern und Städten wieder sichtbar sein. Dafür brauchen wir mehr Polizei auf der Straße. Überlegungen, Personal an weniger Standorten zu konzentrieren, erteilen wir eine klare Absage. Die Saarländerinnen und Saarländer dürfen darauf vertrauen, dass ihre Polizei da ist, wenn sie gebraucht wird. Prävention und Beratung vor Ort beugen vor: Wir wollen, dass die Polizei im altbewährten Sinne als „Dein Freund und Helfer“ berät. Daher schaffen wir Präventionsteams vor Ort, um Einbrecherbanden schon im Vorfeld durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten.

Kampfansage dem Wohnungseinbruchsdiebstahl. Dramatische Entwicklungen im Bereich der Vermögens- und Eigentumskriminalität beeinträchtigen die objektive Sicherheitslage wie auch das subjektive Sicherheitsempfinden in besonderem Maße. Das gilt vor allem für den Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls. 2.500 Wohnungseinbrüche in unserem Land in einem Jahr ein schlimmer und inakzeptabler Zustand. Wir werden daher einen Masterplan zur Bekämpfung dieses Deliktsfeldes erstellen und eine entsprechende organisatorische und personelle Konzentration gewährleisten. Kommunale Sicherheitspartnerschaften werden hierbei eine zentrale Bedeutung erlangen.

Als Sozialdemokrat_innen sind wir der Meinung, dass wir grenzüberschreitende Kriminalität nicht mit dem Ruf nach neuen Grenzkontrollen bekämpfen können, sondern mit einem **mehr an europäischer Kooperation**. Um grenzüberschreitend agierenden Einbrecher-Banden habhaft zu werden, bauen wir die Zusammenarbeit mit den benachbarten Polizeien aus, um auch gemeinsame Strafverfahren zu ermöglichen.

Schutz vor Terrorismus und Amoktaten – aber mit Vernunft und Augenmaß. Die Bürgerinnen und Bürger vor Terrorismus und anderen Amoktaten zu schützen, ist Aufgabe unserer Sicherheitsorgane, insbesondere des Verfassungsschutzes und der Polizei. Nach Paris, Brüssel und Nizza haben wir mit den Straftaten in Würzburg, München und Berlin erlebt, dass diese Gefahr auch in Deutschland real ist. Es ist zu prüfen, ob und welche Änderungen im Saarländischen Polizeigesetz notwendig sind, um

für noch mehr Sicherheit zu sorgen. Unsere Sicherheitsorgane sind organisatorisch und bei ihrer Ausstattung zu befähigen, dieser Herausforderung entgegenzutreten.

Wir müssen einen kühlen Kopf bewahren und dürfen bei dieser Diskussion nicht in Hysterie oder Aktionismus verfallen. Die flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Wege und Plätze oder die Übernahme von Polizeiaufgaben durch die Bundeswehr sind keine geeigneten Mittel. Videoüberwachung kann die Arbeit der Polizei nur ergänzen, an Kriminalitätsschwerpunkten oder auf Grund genauer Gefahrenanalysen und terroristischer Bedrohung. Klar ist: Wir werden **Polizist_innen nicht durch Kameras** ersetzen.

Kriminalität im Internet – Sicherheitsrisiken minimieren, Chancen nutzen. Die Strukturen des Internet bieten Kriminellen ein geeignetes Medium zur Begehung einer Vielzahl unterschiedlichster Straftaten. Dazu zählen u.a. Betrug, Erpressung, Kinderpornografie und nicht zuletzt die verschiedenen Erscheinungsformen der „Hasskriminalität“. Die zuständigen (Spezial-)Dienststellen der Polizei müssen bei der Bekämpfung der verschiedenen Cybercrime-Phänomene nachhaltig unterstützt werden. Durch die Einrichtung einer sog. Online-Wache in Kooperation mit unseren Nachbarn in Rheinland-Pfalz kann den Bürgerinnen und Bürgern die Kontaktaufnahme mit der Polizei erleichtert und z.B. die Erstattung von Anzeigen mittels elektronischer Formulare ermöglicht werden. Darüber hinaus kann über soziale Netzwerke die Kommunikation zwischen den Sicherheitsorganen und der Bevölkerung verbessert werden.

Besserer Schutz von Polizei und Justiz vor Gewalttaten. Der Schutz der Beamtinnen und Beamten von Polizei und Justiz muss verbessert werden. In Ausstattungsfragen muss dabei aber vor allem der von den Beschäftigten vorgetragene Bedarf Leitlinie sein.

Die Schaffung eines neuen Straftatbestandes, der die Gewaltausübung gegenüber Beamtinnen und Beamten von Polizei und Justiz mit einer erhöhten Mindestfreiheitsstrafe von drei Monaten und einem Strafrahmen bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe unter Strafe stellt, ist für uns der richtige Weg.

Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz – Hilfe, die ankommt. Die SPD Saar steht hinter den Einsatzkräften von Rettungsdiensten, Feuerwehr und im Katastrophenschutz. Die tägliche, meist ehrenamtliche Arbeit ist von unschätzbarem Wert für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der demografische Wandel stellt uns auch hier vor große Herausforderungen. Wir wollen zusammen mit Betroffenen, den Gewerkschaften und der Wirtschaft Konzepte erarbeiten, damit in Zukunft ehrenamtliche Arbeit für das Allgemeinwohl nicht zu Nachteilen im Arbeitsleben oder in der späteren Rente führt. Das Gegenteil ist richtig: Auch hier muss sich Leistung lohnen.

4. Die offene Gesellschaft zusammenhalten: Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat

Demokratie und Beteiligung stärken. Wir verteidigen die Werte und Rechte unserer Demokratie. Wir werden dabei die Menschen in unserem Land mitnehmen: Eine starke demokratische Kultur stiftet Zusammenhalt und Solidarität und ist das wirksamste Mittel gegen Extremismus. Gemeinsam kann es uns gelingen, diese Aufgabe zu stemmen.

Wir wollen neue Wege eröffnen, um die Menschen im Land bei Entscheidungen zu beteiligen – und sie nicht nur alle fünf Jahre bei einer Wahl zu befragen. Wir wollen in Zukunft die Politik in unserem Land gestalten, in dem wir mit den Menschen ins Gespräch kommen über die Themen, die sie berühren. In Foren wollen wir mit den Saarländerinnen und Saarländern ihre Ideen diskutieren und die Entscheidungen für unser Land mit den Menschen besprechen. Ziel sind **mehr Partizipation und Transparenz** in kommunalen und landesweiten politischen Entscheidungen, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und Entscheidungen transparent zu gestalten.

Wir werden das **Wahlalter** für Kommunal- und Landtagswahlen **auf 16 senken** und die Möglichkeiten für die Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen weiter ausbauen.

Gegen Ausgrenzung. Extremismus, Rassismus, Gewalt, Hass, Intoleranz und Ausgrenzung dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Besonderes Augenmerk muss der Verbreitung fremdenfeindlicher, rassistischer und neonazistischer Inhalte über das Internet und soziale Netzwerke gelten. Hierbei muss nicht nur die **Intensität der Strafverfolgung erhöht**, sondern auch geprüft werden, inwieweit die strafrechtlichen Mittel ausreichen, um Drohungen, Beleidigungen oder verfassungs- bzw. menschenfeindliche Äußerungen in der vermeintlichen Anonymität des Netzes angemessen ahnden zu können.

Die Justiz muss den **Kampf gegen** alle Formen der **Hass-Kriminalität** führen. Dazu gehört auch die konsequente **Bekämpfung** extremistischer Aktivitäten und **extremistischen Gedankengutes in Schulen und in der Jugendarbeit**, durch über das Landesinstitut für Pädagogik und Medien angebotene Qualifizierungen für Lehrkräfte, aber auch durch Peer-to-Peer-Ansätze aus der freien Jugendarbeit. Antidemokratischen Parolen, Hetze, Diskriminierung und fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. Am wirksamsten bekämpft man den Terrorismus, wenn man Radikalisierung verhindert. Wir werden Deradikalisierungskonzepte im Strafvollzug und in der aufsuchenden Sozialarbeit stärken, damit Anschlagplanungen frühzeitig unterbrochen werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung dieser menschenverachtenden Einstellungen leisten Organisationen wie beispielsweise **das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.** und viele Weitere. Statt nachhaltig strukturell gefördert zu werden, befinden sich viele dieser Initiativen durch kurz- oder mittelfristige Projektfinanzierung in einer zeitlich befristeten Finanzierung. Dieses Ringen um die Finanzierung kostet die Initiativen viel Zeit und Energie, welche zugleich der eigentlichen Arbeit im Kampf gegen Rechts verloren gehen. Um diesen Organisationen eine nachhaltige und dauerhafte Arbeit zu ermöglichen, müssen Gelder zu Verfügung gestellt werden, die unabhängig von Projekten fließen. Hier reichen schon kleine Beträge aus, um das hauptsächlich ehrenamtliche Engagement zu stärken. In Zeiten des immer stärker werdenden Rechtspopulismus in Europa müssen diese Initiativen unterstützt werden. Außerdem muss den Beschäftigten und den ehrenamtlich Tätigen im Kampf gegen Rechts eine Wertschätzung entgegen gebracht werden. **Daher werden wir künftig die Arbeit gegen Rechts durch eine kontinuierliche institutionelle Förderung stärken.**

Gleichberechtigung, Toleranz und Offenheit. In einer toleranten und offenen Gesellschaft können die Menschen ihr Leben unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt gestalten. Deshalb brauchen wir eine **Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften**. Auf Bundesebene muss die **Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften** geöffnet werden. Wir setzen uns auch für eine rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller Paare mit Kinderwunsch ein und werden einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie erarbeiten.

Gleichstellung von Frauen und Männern ist Menschenrecht. Wir haben mit der Novelle des Landesgleichstellungsgesetzes einen großen Erfolg für eine moderne Gleichstellungspolitik geschaffen. Wir werden in **Umsetzung von Gender-Mainstreaming** die Gleichstellungspolitik zur Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche machen und alle Gesetze und Maßnahmen daraufhin überprüfen, dass durch sie die Gleichstellung von Frauen und Männern vorankommt. Dabei bleibt eine **aktive Frauenförderung für die tatsächliche Gleichberechtigung von Frau und Mann** weiterhin ebenso notwendig wie die **Förderung der bestehenden gleichstellungspolitischen Infrastruktur**. Beispielhaft steht hierfür die **FrauenGenderBibliothek**. Wichtig für die Gleichstellung der Geschlechter, um Abhängigkeiten abzubauen, sind die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern sowie die gemeinsame Verantwortung für die familiäre Sorge, die bisher noch ganz

überwiegend den Frauen zugeschrieben wird. Dazu müssen wir die alten Rollenbilder überwinden. Das fängt in der Schule und bei der Berufsberatung an. Bereits in der Schule müssen die Einkommens- und Vereinbarkeitsoptionen von Berufen für Frauen und Männern, sowie die Folgen von Unterbrechung der Erwerbsarbeit thematisiert werden. Darüber hinaus unterstützen wir Modelle wie die Familienarbeitszeit, die mehr Partnerschaftlichkeit in Beruf und Familie ermöglichen. Beim Wiedereinstieg, der Erhöhung der Arbeitszeit oder der beruflichen Umorientierung nach der Familienphase wollen wir individuelle Beratung und Unterstützung anbieten. Insbesondere Alleinerziehende müssen die Möglichkeit einer Ausbildung oder Weiterqualifizierung ohne Einkommenseinbußen ggf. auch in Teilzeit durchlaufen können. Auch in öffentlichen Ämtern und Verwaltungen, Hochschulen, Parlamenten und Aufsichtsräten ist Gleichstellung noch nicht erreicht. Wir treten ein für die **paritätische Besetzung aller Gremien**.

Gleichberechtigt für ein Leben frei von Gewalt. Für die erfolgreiche Teilhabe an Bildung, Beschäftigung, am gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben ist der **Schutz vor Gewalt** eine Grundvoraussetzung. **Nein heißt nein.** Und doch finden Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt nach wie vor alltäglich und mitten unter uns statt. Die Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen muss daher ein Schwerpunkt saarländischer Frauen- und Gleichstellungspolitik bleiben. Wir werden die Schutz- und **Hilfsangebote** für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder wie den **Verein ALDONA e.V., Nele e.V.** oder den **Frauennotruf** weiter ausbauen und wieder verlässlich finanzieren. Die Fachberatungsstellen und Frauenhäuser werden wir personell und fachlich so ausstatten, dass sie den immer komplexeren Problemlagen weiterhin gerecht werden können. Die Reform des Sexualstrafrechtes und die Ratifizierung der Istanbulkonvention erfordern die Schulung der Mitarbeitenden der Strafverfolgungsbehörden sowie der Richter_innen.

Eine gute Balance zwischen Rechtsstaat und Strafverfolgung. Wir setzen uns weiter ein für eine starke Justiz, deren Maßstab die Grund- und Bürgerrechte sind. Wir widersetzen uns Bestrebungen, grundgesetzliche Freiheitsrechte auszuhöhlen. Wir stehen für ein modernes Strafrecht mit Augenmaß. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit darf nicht zu Lasten der Grundrechte aufgegeben werden.

Moderne Justiz im 21. Jahrhundert – effizient, bürgernah, leistungsfähig. Ein eigenständiges, selbstbewusstes, modernes Saarland benötigt eine unabhängige, leistungsfähige, bürgernahe und – freundliche und auch soziale Justiz. Hierzu zählen starke Gerichtsstandorte im ganzen Land, die wir durch die **Schaffung von regionalen Spezialzuständigkeiten** noch effizienter machen wollen. Nach dem Erhalt einer bürgernahen Justiz werden wir Personal gezielt in den Bereichen aufbauen, die für eine **effiziente Strafverfolgung** und für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger von besonderer Bedeutung sind. **Privatisierung in der Justiz** – im Strafvollzug wie im Gerichtsvollzieherwesen – **lehnen wir ab.**

Justizvollzug und Sozialdienste: Mehr Sicherheit durch Resozialisierung. Resozialisierung ist unser Leitbild eines modernen Justizvollzugs: Wir wollen Straffällige dazu befähigen, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen. Eine gelungene gesellschaftliche Wiedereingliederung straffällig gewordener Menschen schafft den besten Schutz vor Straftaten. Diesen Ansatz entwickeln wir weiter.

Die Jugendarrestanstalt in Lebach entspricht nicht mehr den Anforderungen eines modernen Vollzugs. Der **Jugendarrest** soll deshalb **nach Ottweiler** verlagert und nach modernen Standards eingerichtet werden.

Das neu geschaffene **Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe (KARO)** werden wir weiter fördern, um Übergangshilfen zu bündeln und zu koordinieren. Damit senken wir weiter die Rückfallquoten und verstärken den Opferschutz weiter.